Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 143. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 22. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Sei freundlich gegen jedermann,
Dann sehn dich alle freundlich an.

Um Recht und Freiheit.

Ein Rückblick auf drei Jahre deutscher Außenpolitik.

Seit dem Versailler Diktat ist das deutsche Volk ein versklavtes und entrechtetes Volk. Ungeheuere Tributlasten und ein daraus sich entwickelnder Schulden- und Zinsendienst, das waren die Fesseln, die man der deutschen Freiheit anlegte. Und das deutsche Recht und die deutsche Ehre wurden uns dadurch geraubt, daß man uns alleinschuldig und verantwortlich für alle Opfer und Leiden des großen Krieges erklärte und wie zur Strafe dafür uns zur völligen Wehrlosigkeit verurteilte. An diesen Fesseln und an dieser Schmach tragen wir nun seit 15 Jahren. Und wir wissen, was das für das Leben im deutschen Vaterlande bedeutet hat. Wenn man all der Not des deutschen Volkes, die jeder von uns kennt und spürt, an die eigentliche Wurzel geht, dann finden wir immer wieder, daß sie nirgends anderswo denn hier liegt. Darum muß jede deutsche Regierung, die dem deutschen Leben wieder aufhelfen möchte, an diesen Ketten rütteln, die man uns angelegt hat, sie muß sich auflehnen gegen die Entehrung und Entrechtung, die das deutsche Volk nicht länger tragen kann.

Daß die Regierung Hitler entschlossen ist, diesen Kampf um Deutschlands Recht und Freiheit energischer und entschlossener als vorher zu führen, hat uns die große Rede deutlich gemacht, die der Reichskanzler am 17. Mai vor dem versammelten Parlamente gehalten hat. Bekundete sie auf der einen Seite den unbedingten Friedenswillen des deutschen Volkes und seine Achtung der Rechte der anderen, so unterstrich sie auf der anderen Seite ebenso klar und eindeutig die Forderung der deutschen Gleichberechtigung und der völligen Wiederherstellung des deutschen Rechtes und der deutschen Ehre. Wie es der Regierung gelingen wird, diese Forderungen weiterhin erfolgreich zu vertreten und durchzusetzen, was sie tun wird, um ihren Kampf ehrenvoll zu Ende zu führen, bleibt abzuwarten. Vielleicht ist es aber an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte nicht uninteressant, wenn wir einmal einen Blick zurück tun und uns die wichtigsten Ereignisse der deutschen Außenpolitik in den letzten drei Jahren noch einmal vor Augen führen.

Einen neuen Ansatzpunkt in den deutschen Auswärtigen Beziehungen bedeuten ohne Zweifel die beiden wichtigsten Geschehnisse aus dem Monat März des Jahres 1930. Damals wurde am 11. und 12. März im Reichstag der Youngplan angenommen.

Lange und schwer ist um die Annahme oder Ablehung der Younggesetze gerungen worden. Bis zum letzten Augenblick blieb es fraglich, ob sich im Parlament eine verantwortliche Mehrheit für die Erfüllung des neuen Planes finden würde. Den Ausschlag gab schließlich das Zentrum. Hier entschloß man sich, den Gesetzen zuzustimmen, nachdem der Vorsitzende der Partei, Abgeordneter Dr. Brüning, einige Tage vorher eine vertrauliche Aussprache mit dem Reichspräsidenten hatte. Brüning hatte sich von Hindenburg die Zusicherung geben lassen, daß er den Youngplan noch einmal unter Volksentscheid stellen werde, falls er im Reichstag nur eine geringe Mehrheit finden würde, und daß er von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die Gesetze zur Sanierung der Finanzen rechtzeitig in Kraft treten zu lassen.

Vierzehn Tage später, am 27. März, ist die Regierung der Großen Koalition am Ende. Man kann sich über das neue Finanzprogramm nicht einigen. Das Kabinett reicht seine Gesamtdemission ein. Noch am gleichen Tage wird Brüning vom Reichspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Wir wissen heute, daß das Kabinett Brüning in seiner Politik schließlich doch versagt hat. Vielleicht deshalb, weil es nicht die Kraft und die Energie aufbrachte, die notwendig gewesen wäre, um zum Ziel zu kommen. Vor allem aber auch deshalb, weil es ihm nicht gelungen ist, das Vertrauen des Volkes sich zu erwerben und zu erhalten. Gegen seine Innenpolitik bildete sich im Reichstag bald eine starke Rechts- und Linksopposition heraus. Es mußte gegen sie regiert werden. Brüning wurde der Kanzler, der vorzugsweise mit Notverordnungen seine Maßnahmen durchsetzte. Das war möglich, solange Hindenburg ihn hielt. Als dieser ihn fallen ließ, bedeutete das das Ende auch dieser präsidialen Regierung. So ist Brüning in Schulbeispiel dafür, daß man in einem modernen parlamentarischen Staate auf die Dauer nicht ohne oder gar gegen das Volk regieren kann, weil er das Unmögliche versuchte, ist er schließlich doch auf der Strecke geblieben.

Die Außenpolitik Brünings zerfällt deutlich in zwei Phasen, die durch den Hooverplan klar voneinander getrennt sind und sich wie Vorbereitung und Erfüllung zueinander verhalten. In der ersten Zeit werden noch keine großen Schlachten geschlagen. Es ist alles noch im Werden. Das Ziel ist noch nicht klar sichtbar. Es gilt, die nächsten Folgen aus dem angenommenen Youngplan zu ziehen. Am 17. Mai erklärt die Repko, daß alle Vorbedingungen für die Ingangsetzung des Planes erfüllt seien. Die Vertreter Deutschlands und der Alliierten unterzeichnen das Verkündigungsprotokoll. Der französische Ministerpräsident Tardieu gibt den Befehl zur Räumung der dritten Rheinlandzone.

Am gleichen Tage veröffentlicht Frankreich einen ganz anderen Plan, der, wie das bei allen diesen wohlmeinenden Vorschlägen Frankreichs der Fall ist, nach außen dessen Friedensliebe u. Verständigungsbereitschaft ins allerbeste Licht setzt. Im Grunde aber will Frankreich nur seiner Vorherrschaft in Europa und die Ohnmacht seines östlichen Nachbarn verewigen. Es handelt sich um Briands Paneuropaplan. Der Pakt soll — so heißt es in der von Briand im Auftrage von 27 europäischen Staaten abgefaßten und veröffentlichten Denkschrift, nicht Sonderpro-

Die Londoner Konferenz

Von Atlanticus.

In einem Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz heißt es lakonisch: „Das Interesse des Publikums an der Vollsitzung der Konferenz ist gleich Null. In der ersten Vollsitzung zählte man drei, in der zweiten sechs, am dritten Tag hatten sich vier eingefunden." Eine weitere Bemerkung aber lautet: „Die Konferenz hat bereits am dritten Tag den Erfolg erzielt, den ihre Vorgängerinnen erst nach acht Tagen aufweisen konnten, nämlich — Stimmung schlecht und flau. Das klingt gewiß nicht ermutigend, stimmt aber so ziemlich mit allen Voraussagungen bekannter Fachleute überein. So spricht der frühere Schatzkanzler der beiden Labourkabinette MacDonalds, der heutige Lord Snowden, davon, daß es „zwar unverantwortlich sein würde, wollte man einem ernstgemeinten Versuch, die Weltwirtschaftskrise zu beheben, entmutigen. Ebenso unverantwortlich aber wäre es, Erwartungen zu wecken, die zu Enttäuschungen führen müßten."

Zum Beweis führt er die Ergebnisse der siebenundzwanzig früheren Finanz- und Wirtschaftskonferenzen an. Immer habe man schöne Reden gehalten, noch schönere Entschließungen über internationale Zusammenarbeit gefaßt, aber — strikte entgegengesetzt gehandelt. „Alles in allem", so schließt Snowden, „wäre es ein Wunder, wenn annähernd einige hundert Personen aus 60 verschiedenen Ländern tatsächlich zu einer sachlich wesentlichen Vereinbarung gelangen würden."

Selbst wenn man ein gut Teil der Snowdenschen Aeußerungen seiner Verärgerung darüber guthalten wollte, weil er nicht mehr die zweite Flöte spielen kann, sondern, was er in seiner bissigen Art früher von anderen sagte, „im Oberhaus beigesetzt" ist, aber Recht hat er doch. Das zeigt der Verlauf der Vollsitzungen schon zur Genüge. Natürlich werden die Hauptentscheidungen in den Ausschußsitzungen und in den einzelnen privaten und geheimen Einzelbesprechungen fallen, aber die Reden der Vertreter der Hauptmächte zeigten bereits ein solches Maß von widerstreitenden Ansichten, außerdem aber das starke Bemühen, einen Mißerfolg der Konferenz auf die Schultern der „anderen" abladen zu können, daß man sich nicht gut ein positives, praktisch greifbares Ergebnis der Palaver vorstellen kann.

Es ist durchaus verständlich, wenn die Westmächte die Frage der politischen Schulden der Ententeländer an Amerika in den Vordergrund zu rücken bemüht waren, und die Hauptfragen auf ein Nebengleis schoben. Der Führer der deutschen Abordnung, Außenminister v. Neurath, stellte diese wichtigsten Punkte aber klar heraus:

1. Die internationale Schuldenregelung kann nur durch Waren und Dienstleistungen erfolgen.

2. Die Finanz- und Kreditfragen sind vorher zu lösen, bevor die handelspolitischen Fragen aufgegriffen werden können.

3. Ohne Währungsstabilisierung ist die Vereinigung des gesamten Finanz- und Kreditwesens ein Unding.

4. Die Frage der politischen Schulden ist eine Angelegenheit, die Amerika mit seinen Schuldnern selbst zu lösen hat, die auch gar nicht in den Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz hineingehört.

Dazu wäre noch zu bemerken, daß die Forderung Amerikas an politischen Schulden überhaupt nur ein Sechstel der weltwirtschaftlichen Verschuldung beträgt.

Uebrigens erklärte der britische Schatzkanzler Chamberlain ausdrücklich: „Eine endgiltige Regelung der Kriegsschuldenfrage steht nicht innerhalb des Programms dieser Konferenz. Aber eine solche Regelung müsse erfolgen, wenn die auf anderen Gebieten zu ergreifenden Maßnahmen wirksam werden sollten."

Auch die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika erkennt nicht an, daß zwischen der Kriegsschuldenfrage und der Weltwirtschaftskonferenz ein innerer Zusammenhang besteht. „Erst Erfolg der Wirtschaftskonferenz, dann Verhandlung über die politischen Schulden, und zwar mit jedem Schuldner getrennt, nach Maßgabe seiner bisherigen Leistungen", das ist die unentwegte Auffassung der amerikanischen Regierung und der gesamten öffentlichen Meinung in Amerika.

Trotzdem versuchte Frankreich, wie auf allen früheren Konferenzen, die beiden Fragenkomplexe miteinander zu verbinden und die Verhandlungsbasis so zu verschieben, daß schließlich doch wieder in irgendeiner Form Entschließungen zutage treten, die nur eine neue Schuldverpflichtung für Deutschland sein würden. Der französische Ministerpräsident hat sich zwar Mühe gegeben, dieses letzte Ziel bei seiner Rede in der Vollversammlung zu verschleiern, aber es kommt ja nicht auf diese Reden an, u. bei den Währungsverhandlungen über Eck: Frankreich, England, Amerika, kam doch der Pferdefuß heraus. Das ist der berühmte „gute Wille" Frankreichs.

Glücklicherweise ist aber der Verschiebung der Verhandlungsbasis deutscherseits durch die Erklärung vorgebeugt worden, daß „unter keinen Umständen im Ausland erwartet werden dürfte, daß sich die Reichsregierung noch einmal zur Uebernahme neuer Schulden hergeben würde, um auf diese Weise ihre Zahlungsbilanz auszugleichen." Auch die sehr deutlichen Ausführungen des Wirtschaftsministers Hugenberg vor der Presse dürften den Gegenspielern gezeigt haben, daß das französische Manöver erkannt ist.

Trotzdem muß man sich darauf gefaßt machen, daß der angedeutete Versuch zu irgendeinem späteren Termin wiederholt wird, nachdem in privaten Besprechungen eine „günstige Atmosphäre" dafür erzeugt sein wird.

Von besonderem Interesse waren die Erklärungen des britischen Vertreters Chamberlain und des Amerikaners Hull über Währungsstabilisierung.

Mit äußerster Vorsicht, ohne sich irgendwie vorzeitig festzulegen, betonten beide die Bereitwilligkeit ihrer Länder zur Lösung dieser Frage, ohne die selbstverständlich der verworrene internationale Verkehr nicht in Ordnung gebracht werden kann, während für den Binnenverkehr die Frage Goldwährung oder nicht", praktisch kaum noch wichtig ist. Die tatsächliche Entwicklung hat bewiesen, daß die Festigkeit der Währung wirklich nicht von der Golddeckung der umlaufenden Geldzeichen abhängt, sondern ihrem Verhältnis zu den durch Arbeit geschaffenen Werten.

Die Unvereinbarkeit der Ansichten zeigt auch die Erklärung Hulls, daß „der wirtschaftliche Nationalismus der Nachkriegszeit das internationale Kapital und den Handel behindern."

Es dürfte nur wenige Konferenzteilnehmer geben, die besonders darauf erpicht sind, dem „internationalen Kapital" nochmals gute Chancen zur Bereicherung zum Schaden aller derer zu verschaffen, die nicht dazu gehören. Hier offenbart sich schon allein der unüberbrückbare Interessengegensatz der „Weltbankiers" zu allem übrigen Volk, nicht zuletzt auch zu den vom neuen Deutschland zu vertretenden Interessen. **Die Ausplünderung der Menschheit zugunsten des internationalen Kapitals hat aufzuhören!** Uebrigens klingt die Klage über die Todsünde des wirtschaftlichen Nationalismus reichlich naiv aus dem Munde des Vertreters des Landes, das sich gerade dieser Todsünde am krassesten selbst schuldig gemacht hat. „Hannemann, gah du vöran, du hest de grötsten Stebel an!"

411 Stadt. Bibliothek S 839

bleme behandeln, deren Erledigung Aufgabe des Völkerbundes ist. Aber, so wird dann weiter gesagt, „die Bundesvereinigung könnte zwischen den europäischen Staaten eine sehr zweckmäßige Rolle spielen durch die Vorbereitung einer günstigen Atmosphäre für die Friedensregelungsbemühungen des Völkerbundes oder durch praktische Erleichterung der Ausführung der Völkerbundsbeschlüsse."

Am 15. Juli antwortet die deutsche Regierung der französischen. Deutschland erklärt sich bereit, an der Lösung des europäischen Problems mitzuarbeiten, „da kein Land die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden könne als Deutschland". Als Endziel und Grundlage einer wirklichen Befriedung Europas aber seien Gerechtigkeit und Gleichheit anzusehen. Die Bundesvereinigung dürfe keine Spitze gegen andere Länder und Kontinente haben, Rußland und die Türkei seien nicht auszuschließen. Vor allem aber wird bezüglich der Fragen der Abrüstung, der Sicherheit und der Minderheiten volle Gleichberechtigung gefordert. „Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundsätzen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Aenderung gefunden werden."

Die hier sichtbar werdende deutsche Haltung bestimmt in der Folgezeit das Auftreten der deutschen Regierung in der Völkerbundsversammlung wie überhaupt ihre Stellungnahme in den Fragen der auswärtigen Politik. Die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund sei eine durchaus positive, so erklärte Dr. Curtius vor der Völkerbundsversammlung am 16. September, obwohl die gesamte internationale Entwicklung seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund manche Enttäuschung gebracht habe. Deutschland ist, das kann ihm keiner streitig machen, in dieser Zeit des ehrlichen Willens, an der Befriedung Europas und vor allem an der Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankrich mitzuarbeiten. Es muß aber auf seiner Forderung völliger Gleichberechtigung und der Revision unhaltbarer Verträge verharren und stößt damit immer wieder auf den starren, unnachgiebigen Widerstand Frankreichs.

Frankreich tut nichts, um dem immer wieder zutage tretenden Friedens- und Verständigungswillen Deutschlands entgegenzukommen. Zwar wird der Rhein am 30. Juni von fremder Besatzung frei. In den Städten des Rheinlandes feiert man die wiedererlangte Freiheit. Darüber hinaus aber ist Frankreich nicht gewillt, die berechtigten deutschen Forderungen anzuerkennen und sie ernst zu nehmen. In Genf entbrennt der Kampf um die Abrüstung. Die Januartagung des Völkerbundes setzt zu Anfang d. J. 1931 den Beginn der Abrüstungskonferenz endlich auf den 2. Februar 1932 fest. Dabei versucht man, das Ergebnis der Konferenz schon jetzt vorwegzunehmen, indem man englischer- und französischerseits versucht, diese von vornherein auf den Bericht der vorbereitenden Abrüstungskommission festzulegen. Dagegen wehrt sich die deutsche Regierung jedoch mit Nachdruck und Erfolg.

Eine merkwürdige Aktivierung erfährt die deutsche Außenpolitik durch einen Plan der deutschen Reichsregierung, der am 21. März 1932 bekannt wird und der schnell den erbitterten Widerstand Frankreichs hervorruft. Deutschland will mit Oesterreich eine Zollunion abschließen. Die Abmachung soll nach der Versicherung der beiden vertragschließenden Staaten lediglich wirtschaftlichen Charakter tragen, man möchte mit anderen europäischen Ländern auf dem Wege der Verhandlung zu einer gleichartigen Regelung der handelspolitischen Beziehungen kommen. Frankreich ist mit einer solchen Erklärung nicht zufrieden. Schon am nächsten Tage erscheinen die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei beim österreichischen Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Schober, und machen im Auftrage ihrer Regierungen darauf aufmerksam, daß der Abschluß einer solchen Zollunion gegen das Genfer Protokoll von 1922 verstoßen würde. Es verfängt wenig, daß Oesterreich sowohl als auch Deutschland daran erinnern, daß der Plan ja nur einen ersten Schritt auf dem Wege bedeute, den Briand durch einen Paneuropaplan gewiesen habe. Deutschland und Oesterreich müssen sich damit einverstanden erklären, daß die nächste Versammlung des Völkerbundes über den Zollunionsplan befindet. Bis zu dieser Entscheidung darf in der Sache nichts unternommen werden. Am 18.5. tritt der Völkerbundsrat zusammen. Er tagt diesmal unter dem Vorsitz des deutschen Außenministers Dr. Curtius. Der englische Vertreter Henderson legt dem Rate eine Resolution vor, die den Vorschlag macht, den ständigen internationalen Gerichtshof im Haag um ein beratendes Gutachten zu ersuchen über die Frage, ob der von Deutschland und Oesterreich vereinbarte Vertrag vereinbar sei mit dem Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain und dem Protokoll Nr. 1 vom 4. Oktober 1922. Dieser Resolution stimmen alle Mitglieder des Völkerbundes grundsätzlich zu, wenn auch von deutscher u. österreichischer Seite noch Einwendungen gemacht werden und man hier noch einmal entschieden geltend macht, daß man eine Verletzung bestehender Verträge durch die geplante Union unter keinen Umständen zugeben könne. Auf der anderen Seite aber nimmt eine von der französischen Delegation in Genf veröffentlichte Denkschrift das Ergebnis des Haager Gerichtshofes bereits vorweg, indem hier offen eine Verletzung der Verträge durch das geplante Zollabkommen festgestellt wird.

In Deutschland ruft dieses Ergebnis der Genfer Verhandlungen einen Sturm hervor. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" verlangte am 20. Mai den Rücktritt des Außenministers Dr. Curtius. Sie gibt damit der Stimmung weiter Volkskreise Ausdruck. Man sieht, wie hier das außenpolitische Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und seinen Verbündeten in ein besonders grelles Licht tritt. Es ist die Zeit, wo am 20. Juni der amerikanische Präsident Hoover einen „einjährigen Aufschub aller zwischen den Regierungen bestehenden Schuldverpflichtungen" verkündete. Damit wird die europäische Außenpolitik einer ganz neuen Lage gegenüber und vor ganz neue Fragen gestellt. Das Ziel der deutschen Außenpolitik wird klar. Revision des Youngplanes, dessen Unerfüllbarkeit zutage getreten ist, Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage — das sind die großen Lebensinteressen, die jetzt aktiver als bisher von ihr zu vertreten sind.

H. St.

Wien im Alarmzustand

Zwiespalt im Kabinett Dollfuß

Wien, 21. Juni.

Die österreichische Hauptstadt gleicht nach dem von der Regierung Dollfuß ausgesprochenen Verbot der NSDAP., der SA. und SS. sowie des Vaterländischen Schutzbundes einem im Tiefen brodelnden Vulkan, von dem man nicht weiß, wann und wohin er seine Entladung schleudern wird. Im Herzen der ruhigen und besorgten Bürger brodeln böse Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen. Man weiß nicht recht, ob man der Stärke trauen soll, die sich in den Beschlüssen kundzutun scheint.

Das Straßenbild ist kaum verändert, zumal der Polizeidienst der letzten Zeit ohnehin verstärkt war. Nur um die Universität ist ein starker Polizeikordon gelegt, da man hier offenbar von der sehr aktiven deutsch-österreichischen Jugend, die selbst nach der Wahrnehmung der Gegner der Nationalsozialisten überwiegend in deren Lager steht, zuerst Auflehnung befürchtete.

Die Schließung der Parteilokale, der Braunen Häuser, SA.- und SS.-Verkehrslokale, der Bücherstellen usw. ist ja schon lange erfolgt.

Die Häuser sind polizeilich besetzt und größtenteils erneut durchsucht worden. Die Durchsuchungen erstrecken sich jetzt auch auf die Verlags- und Redaktionsgebäude, die bisher freigeblieben sind. Alle Werbemittel, wie Flugschriften, Broschüren und dergleichen, wurden beschlagnahmt.

Ueber eine Vermögensbeschlagnahme ist noch nichts bekannt. Da die Räume aber versiegelt sind, ist der Partei ohnehin die Verfügung über das Vermögen entzogen. Die nationalsozialistischen Zeitungen sind verboten.

Fürst Starhemberg, der die einstmals wirklich mächtige Heimwehrbewegung durch seine Zickzackpolitik bis zur fast völligen Bedeutungslosigkeit manövriert hat, hält seine Zeit jetzt für gekommen. Er erläßt einen in der üblichen Tonart gehaltenen Aufruf, in dem er Führerbereitschaft anordnet und verlangt, daß von dem selbstverständlichen, gesetzlich gewährleisteten Rechte der „Notwehr" rücksichtslos Gebrauch gemacht werde. Sicherheitsminister Fey, der einzige Minister der Heimwehr, kündigt in einem Zeitungsartikel an, daß zahlreiche nationalsozialistische Führer in Haft gesetzt würden. Man darf gespannt sein, was die Regierung Dollfuß in ihrer Gesamtheit zu dem Starhembergschen Aufruf sagen wird.

Im übrigen wird bekannt, daß der Antrag auf Verbot der NSDAP. im Ministerrat von Sicherheitsminister Fey gestellt worden ist. Die einstimmige Annahme wurde nur dadurch erreicht, daß sich Vizekanzler Winkler, Innenminister Schumy und Sozialminister Kerber der Stimme enthielten, um die bereits erörterte Frage der Kabinettsdemission nicht akut werden zu lassen.

Eine weitere Frage, die aber im letzten Ministerrat noch nicht entschieden worden ist, betrifft die Mandate der nationalsozialistischen Abgeordneten in den Landtagen und im Bundesrat. Nach Auffassung der österreichischen Regierung können diese Mandate annulliert werden. Die damit zusammenhängenden verfassungsrechtlichen Fragen sollen noch geklärt werden.

Wie die „Neue Freie Presse" berichtet, erstreckt sich die unmittelbare Wirkung der politischen Betätigung der österreichischen NSDAP. auch auf die

Unterlassung jeder parteipolitischen Tätigkeit im nationalsozialistischem Sinne,

auf die Auflösung der Parteiorganisationen, auf Unterbindung jeglichen Verkehrs in den Vereinslokalitäten, auf Unterlassung der Verwendung von Papier und Stempeln mit Parteiaufdrucken und auf das Tragen von Parteiabzeichen.

Neurath bei Simon

London, 21. Juni.

Reichsaußenminister von Neurath hatte eine längere Besprechung mit dem britischen Staatssekretär des Aeußeren Sir John Simon und dem britischen Staatssekretär für den Krieg Lord Hailsham über die Abrüstungsfrage.

Herr von Neurath wird voraussichtlich am Donnerstag in Berlin eintreffen.

Scapa-Flow:
Die Ehrenrettung der deutschen Flotte.

Vor 14 Jahren — am 21. Juni 1919 — sank die stolze deutsche Flotte in das rauschende Wellengrab von Scapa Flow. Ein gewaltiges Werk deutschen Geistes und deutscher Arbeit war so mit einem Schlage vernichtet. Doch die Ehre war gerettet. — — Es war am 19. November 1918. Strahlender Sonnenschein, ruhig lag die See, ein Wetter, das so gar nicht im Einklang mit dem stand, was geschehen sollte. Auf der Schilligreede lagen 74 deutsche Kriegsschiffe zum Auslaufen bereit. Die modernsten und besten, die Deutschland je besaß. Um 2 Uhr nachmittags verließ das Geschwader die Reede, vorneweg „Friedrich der Große", das Flaggschiff des Admirals von Reuter. Aber diesmal ging es nicht gegen den Feind zu Kampf und Sieg wie 1916 in die Skagerrakschlacht, sondern die Flotte fuhr zur Nachprüfung der Abrüstung dem Firth of Forth entgegen (es waren 6 Panzerkreuzer; 10 Linienschiffe, 8 Kreuzer und 50 moderne Zerstörer). Plötzlich, am zweiten Tage nach dem Auslaufen, kamen aus dem Nebel englische Kriegsschiffe herangejagt, drohend, mit ausgeschwenkten Geschützen, gefechtsklar brausten die Kolosse heran und legten sich zu beiden Seiten und an die Spitze der deutschen Flotte. So ging die Fahrt zum Firth of Forth weiter. Auf Befehl des englischen Admirals mußte die ruhmreiche Kriegsflagge niedergeholt werden. Im Firth of Forth wurde die Abrüstung nachgeprüft. Alles wurde durchstöbert und durchwühlt, sogar die Kohlen schaufelten die mißtrauischen Briten um. Angst hatten sie doch. —

Kurze Zeit darauf wurde die Flotte widerrechtlich gegen das Waffenstillstandsabkommen in Scapa Flow interniert. Proteste blieben natürlich erfolglos. Jetzt schien kaum noch Hoffnung auf spätere Herausgabe der Schiffe seitens Englands. Die Gegend war trostlos und öde. Die Mannschaften durften nicht an Land. Jeder Verkehr der Schiffe untereinander war verboten, nur Admiral v. Reuter durfte ab und zu mit englischer Erlaubnis seine Schiffe besichtigen. Dazu noch wurde ihnen die drahtlose Telegraphie genommen. Da der größte Teil der Mannschaft revolutionär eingestellt war, war es ein ziemliches Kunststück für den Admiral, Disziplin zu halten. Um die Schiffe fest in der Hand zu haben, ließ er die Revolutionäre als überzählig nach Hause senden. Schließlich waren nur noch 50 Mann auf jedem Linienschiff. Admiral Reuter mußte, um ein ungefähr klares Bild über den Stand der Friedensverhandlungen zu bekommen, englische eZitungen lesen, da wegen der engl. Nachrichtenzensur die Berichte aus Deutschland erst vier Wochen später ankamen. Am 16. Juni 1919 brachte die „Times" die sensationelle Nachricht, daß die deutsche Regierung den Engländern die Flotte zum Kauf angeboten habe, u. die Frist für die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 21. Juni ablief. Jetzt galt es, eine solche schmachvolle Auslieferung zu verhindern. Der 21. Juni kam. Schon am nächsten Tage konnten die entsprechenden deutschen Befehle kommen; der letzte Augenblick zum Handeln war gekommen. — Da verläßt plötzlich das englische Bewachungsgeschwader mit hoher Fahrt die Bucht, nur zwei Zerstörer und Drifter bleiben zurück. Ein Wink des Schicksals. Einen besseren Augenblick zur Versenkung konnte es gar nicht geben. Kurz entschlossen befiehlt Admiral Reuter: „Schiffe sofort versenken", und nun beginnt sich das Schicksal der deutschen Flotte zu erfüllen. Bodenventile werden geöffnet, alle Luken aufgerissen. Gurgelnd strömt das Wasser in den Schiffsleib, schießt brausend durch die Luken. Die Kriegsflagge steigt zum letzten Mal am Mast empor, unter Hurrarufen stößt die Mannschaft vom Schiff ab. Langsam neigt sich „Friedrich der Große" und sinkt zuerst um 16 Uhr 16 Minuten in das aufschäumende Meer. Schiff auf Schiff folgt so. Als letzter geht der Panzerkreuzer „Hindenburg" in die Tiefe. Kaum sehen die Engländer das erste Schiff sinken, da kommen auch schon die beiden Zerstörer herangebraust; völlig kopflos eröffnen sie ein wildes Feuer auf die Rettungsboote, schießen planlos bald hier-, bald dorthin völlig durcheinander. Die Deutschen heben die Hände hoch zum Zeichen, daß sie keine Waffen haben. Aber alles umsonst, sie schießen wie toll auf die Wehrlosen. Jede Menschlichkeit scheint ihnen verloren gegangen zu sein. Zehn deutsche Seeleute fallen dem mörderischen Feuer zum Opfer. Inzwischen taucht das herbeigerufene englische Geschwader auf, wütend darüber, daß ihnen die schöne Beute entgeht. Aber zu spät, die Versenkung war nicht mehr aufzuhalten. So sank die deutsche Flotte in ihr selbstgewähltes, ehrenvolles Grab von Scapa Flow, dank des entschlossenen Handelns Admiral v. Reuters. Wir können stolz darauf sein, daß das Ende der alten deutschen Kriegsflotte keine schmachvolle Uebergabe, sondern eine wahre deutsche Mannestat war.

Silno.

Erbhöfe in Preußen *)

Nach dem von der preußischen Staatsregierung verabschiedeten Gesetz müssen in den Gebieten der Anerbensitte die Gemeindevorsteher alsbald mit der Aufstellung des Verzeichnisses der Erbhöfe beginnen. In den wenigen Kreisen und Regierungsbezirken, in denen keine Anerbensitte herrscht, wird ein solches Verzeichnis nicht von Amts wegen aufgenommen. Für den weitaus größten Teil des preußischen Staatsgebietes ist aber die Frage heute im höchsten Grade aktuell, welche Bauernhöfe in die Erbhöferolle einzutragen und damit den vollen Wirkungen des Erbhofrechtes für den Erbfall und für den Ball der Veräußerung des Grundstücks zu unterstellen sind.

Unbedingte Klarheit läßt sich nach dem Wortlaut des Gesetzes allein in allen Fragen noch nicht gewinnen. Namentlich werden die Ausführungsbestimmungen noch zu sagen haben, welches die höchstzulässige Größe für einen Erbhof ist. Eine untere Grenze ist dagegen schon im Erbhofgesetze selbst festgesetzt worden. Von Amts wegen werden nur diejenigen Höfe in die Erbhöferolle eingetragen, die mindestens eine Ackernahrung umfassen. Eine Ackernahrung umfaßt der Hof dann, wenn er mindestens zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für eine bäuerliche Familie ausreicht.

*) „Das bäuerliche Erbhofrecht." Von Amtsgerichtsrat Dr. P. Schaefer. Verlag Wilh. Stollfuß, Bonn. Postscheckkonto Köln 76183. Preis 1,25 *R.M.* Am 1. 6. 33 ist das „Bäuerliche Erbhofrecht" vom 15. 5. 1933 in Kraft getreten. Die Kenntnis dieses Gesetzes, das altes bäuerliches Gewohnheitsrecht mit neuzeitlichen Rechtsgedanken verbindet, ist von größter Bedeutung für den Bauern und für alle, die an dem Blühen und Gedeihen der deutschen Landwirtschaft und damit an dem Fortbestande des deutschen Volkes Anteil haben, also kurz für alle deutschen Bürger. Der Verfasser hat diese kurze Darstellung für die Allgemeinheit in für jedermann verständlicher Art geschaffen. Zum allgemeinen Verständnis hat er dabei auch kurz auf die mit dem neuen Recht eng zusammenhängenden Fragen aus dem Erb- und Grundstücksrecht hingewiesen. Kein Interessent sollte es versäumen, sich diese sehr wichtige, über alles unterrichtende Schrift zu beschaffen.

Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der SA., der SS., der NSDAP. und des Vaterländischen Schutzbundes werden mit 2000 Schilling Geldstrafe oder mit Arrest bis zu sechs Monaten oder mit beiden Strafen belegt. Auch der Versuch einer Zuwiderhandlung ist strafbar.

Kennzeichnend für den Alarmzustand, in dem sich Oesterreich befindet, sind auch die vielen Gerüchte, die in Wien umlaufen. So ist von weiteren Anschlägen die Rede; u. a. wurde die Holzbrücke über die Flügelbahn Liesing-Kaltenleutgeben südlich von Wien bei einem Sprengstoffanschlag beschädigt. Festzustellen ist jedoch, daß der größte Teil der Attentatsmeldungen von den Behörden inzwischen als falsch gekennzeichnet worden ist.

In der Systempresse finden die Maßnahmen der Regierung Dollfuß natürlich Zustimmung. Aber es ist keine reine Freude; sie wird getrübt durch den Umstand, daß das Beweismaterial für die Schuld der Nationalsozialisten an den Anschlägen von beispielloser Dürftigkeit ist, daß offenbar falsche Zeugenaussagen vorliegen und bisher auch nicht einem der führenden österreichischen Nationalsozialisten ein nur loser Zusammenhang nachgesagt werden konnte.

Beschämend ist, daß die „Neue Freie Presse" es fertiggebracht hat, der „Hoffnung" Ausdruck zu geben, das Ausland möge begreifen, wie sehr Oesterreich nicht nur sympathischer Worte, sondern auch aktiver Handlungen bedürfe. (!) Der kommunistische „Abend" will wissen, daß für bestimmte Gebiete die Verhängung des Standrechts geplant sei.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der NSDAP. ist die Nachricht recht interessant, daß bei einer kleinen ganz zwanglosen Sonnwendfeier in Schönbrunn in den allerletzten Tagen, als die Belastung der Nationalsozialisten mit allen Störungsversuchen und Anschlägen bereits allgemein war, 158 Beitrittserklärungen zur NSDAP. erfolgten.

Verhaftungen in Krems

Die Bezirksleitung der Nationalsozialistischen Partei in Krems ist verhaftet worden. Die Verhafteten, insgesamt 18 Personen, wurden in Militärkraftwagen unter starker militärischer Bedeckung nach Wien in das Landesgericht gebracht.

Außerdem verhaftete die Polizei einen 18jährigen Lehrling Joseph Mosel, der beschuldigt wird, die beiden zusammengebundenen Handgranaten gegen die Hilfspolizei geworfen zu haben. Die dritte Handgranate soll ein 17jähriger geworfen haben, der noch gesucht wird. Wie es heißt, hat Mosel die Handgranaten von seinem Bruder Hans, der der Garnison Krems angehört, erhalten. Hans Mosel soll Zeuge des Anschlags gewesen sein und den Tätern Anweisungen gegeben haben.

In einer Verlautbarung des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich wird Joseph Mosel als 21jähriger Handelsangestellter aufgeführt und als Haupttäter bezeichnet. Weiter heißt es in diesem Bericht, Joseph Mosel sei „Scharführer der nationalsozialistischen Pioniersturms 7/49 und habe ein Geständnis *abgelegt.*" Der zweite Mann, der an dem Anschlag *beteiligt* gewesen sei, sei ein „SA.-Mann Adolf Weichselbaum."

Das Befinden der im Krankenhaus befindlichen 17 Verletzten ist zufriedenstellend, einige dürften bald der Pflege der Militärärzte übergeben werden. Auch der Zustand der vier Schwerverletzten wird als relativ gut bezeichnet. Die Wunden der Verletzten stammen alle von Sprengstücken der explodierten Handgranaten.

Das Echo in Deutschland

In Berliner politischen Kreisen hat das Verbot der NSDAP. in Oesterreich keine besondere Ueberraschung ausgelöst. Die Vorgänge der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Regierung Dollfuß seit langem auf dieses Ziel hinarbeitete. Ohne Beweise dafür zu erhalten, sind von österreichischer Seite die Anschläge, die sich in letzter Zeit ereigneten, den Nationalsozialisten zur Last gelegt worden, um auf diese Weise Maßnahmen gegen die Partei ergreifen zu können.

Die österreichischen Nationalsozialisten haben ihrerseits demgegenüber wiederholt mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie mit den Attentaten nichts zu tun haben und jede Illegalität aufs schärfste mißbilligen.

Wenn sich die österreichische Regierung trotzdem dazu entschlossen hat, der NSDAP. jede Betätigung in Oesterreich zu untersagen und die nationalsozialistischen Formationen aufzulösen, so muß ihr die Verantwortung für dieses Verbot überlassen bleiben, dessen Folgen nicht abzusehen sind.

Der Vormarsch der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich wird allerdings auf diesem Wege nicht aufzuhalten sein.

So schreibt denn auch die nationalsozialistische „Kleine Tagespost" auch in den kritischsten Stunden, daß Maßnahmen wie das Verbot der SA. ebenso wie einst in Deutschland nur dazu angetan seien, die nationalsozialistische Welle noch zu stärken.

Man solle lieber, wenn man Oesterreich die innere Ruhe wiedergeben wolle, die Nationalsozialisten entsprechend ihrer Stärke an der Regierung beteiligen.

Protest des deutschen Volksrats

Der deutsche Volksrat für Oesterreich, die überparteiliche Organisation aller nationalen Parteien, Verbände und Gruppen, hat einen Aufruf erlassen, in dem er schärfsten Protest wegen des Vorgehens der Regierung gegen die NSDAP. und den Deutschösterreichischen Heimatschutz erhebt und die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen verhafteten Führer der NSDAP. und des Heimatschutzes sowie die Freigabe der Parteiheime und die Zurücknahme des Zugehörigkeitsverbotes verlangt.

Die Angehörigen der nationalen Front werden aufgefordert, die Erreichung ihrer Ziele auf streng gesetzlichem Wege anzustreben.

Wie Cohrs ausgewiesen wurde

Unwürdige Behandlung durch die Bundesregierung.

Oberleutnant a. D. Cohrs, der Mitarbeiter des ebenfalls aus Oesterreich ausgewiesenen Presseattachés bei der deutschen Gesandtschaft in Wien, Dr. Habicht, berichtete in Berlin vor Pressevertretern über die Einzelheiten seiner Verhaftung und Ausweisung aus Oesterreich.

Oberleutnant Cohrs, der am Isonzo und an der Piave gekämpft und auch den Tiroler Kriegsorden erhalten hat, erklärte, der Dank für seine langjährige Tätigkeit in Oesterreich sei ihm schon vor zwei Jahren in der Form eines Ausweisungsbefehls zugestellt worden. Von der Ausweisung habe man dann zwar Abstand genommen, doch habe er fortan bei seiner Vortragstätigkeit nur noch über deutsche Verhältnisse sprechen dürfen. Zu den jüngsten Vorfällen erklärt Oberleutnant Cohrs, daß er bei seinem Verhör, auf das er vier Stunden im Gefängnis *hatte warten müssen, nachdrücklichst aber* vergeblich auf seine Exterritorialität hinwies.

Bei einer Leibesvisitation kam es zweimal zu einem Handgemenge mit dem Polizeibeamten um diplomatische Papiere. Schließlich wurde er in eine Verbrecherzelle gebracht. Man legte ihm einen Schein vor, nach dessen Unterzeichnung er sofort auf freien Fuß gesetzt worden wäre, wenn er sich verpflichtete, Wien nicht zu verlassen und sich nicht politisch zu betätigen. Er habe diesen Schein nicht unterschrieben und wurde dann wieder in seine Zelle gebracht und acht Tage gefangengehalten.

Die deutsche Gesandtschaft habe sich Tag und Nacht für die Erleichterung seines Loses bemüht, auch das Verhalten der meisten Beamten der Bundespolizei sei ausgezeichnet gewesen.

Man habe es den Leuten angemerkt, wie schwer es ihnen wurde, ihre Pflicht zu tun.

Bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde seine Bitte, sich beim deutschen Gesandten abmelden zu können, abgelehnt. Er wurde sofort zum Flugplatz gebracht, wo ihm die Menschenmenge zujubelte und mit Blumen überschüttete.

Als charakteristisch für die Stimmung in Oesterreich verwies Oberleutnant Cohrs darauf, daß Dollfuß bei seinem Abfluge nach London ausdrücklich um regierungstreue Piloten gebeten hätte, aber von der Flugleitung den Bescheid bekam, das gesamte Flugpersonal sei nationalsozialistisch. So habe Dollfuß mit Nationalsozialisten nach London fliegen müssen. Der Pilot und die Monteure mußten aber einen Schein unterschreiben, daß sie keinerlei Sabotage verüben und nicht über Deutschland fliegen würden.

Nach dem Verbot

Wien, 21. Juni.

Die nationalsozialistische „Deutschösterreichische Tageszeitung" darf nach eintägigem Verbot wieder erscheinen, jedoch unter Wegfall des bisherigen Untertitels „Hauptorgan der NSDAP. Oesterreichs". Das Blatt soll als völkisches, überparteiliches, antisemitisches Organ geführt werden. Jede Versammlungstätigkeit der NSDAP. ruht. Auch Vorträge, Konzerte usw. werden nicht gestattet. Die Sonnenwendfeiern wurden verboten. Ueberall steht Polizei und Militär in Alarmbereitschaft.

Auflösung der Pressekonferenz

Berlin, 21. Juni.

Die Pressekonferenz, die täglich in Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung in Berlin abgehalten wurde, ist aufgelöst worden. Nach der Auflösung wurde unter dem Vorsitz des Leiters der Pressestelle im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung Dr. Jahnke eine neue Konferenz einberufen.

Die Bedeutung der Neuordnung liegt darin, daß bisher die Pressekonferenz als ein selbständiges Gebilde in Erscheinung trat, das seinen eigenen Vorsitzenden wählte. Künftig fällt diese Selbständigkeit weg und die täglichen Konferenzen, an denen auch in Zukunft festgehalten werden soll, kommen Empfängen bei der Reichsregierung gleich. Die Leitung dieser Konferenzen liegt naturgemäß dann in der Hand des zuständigen Regierungsvertreters. Die Neuordnung stellt also eine Anpassung an die Grundsätze des neuen Deutschland dar, eine Uebertragung des Führerprinzips auch an diese Institution.

Gau-Pressetagung der NSDAP

Auf einer Gau-Pressetagung des Gaupresseamtes Berlin der NSDAP. führte der stellvertretende Pressechef der Reichsleitung, Dr. Jahncke, aus, die Pressepolitik des Reiches dürfe nicht von irgendwelchen Bedürfnissen der Presse ausgehen, sondern sie müsse ausgehen von den Bedürfnissen des Reiches und des Volkes, denen sich auch die Presse anpassen müsse. Das bedeute nicht, daß die Presse nun uniformiert o[illegible] uninteressant werden müsse.

Der Gaupresseinspekteur und Pressereferent der Berliner Funk-Stunde, Hans Kischky, sprach über „Funk und Presse". Die Entwicklung des Rundfunks sei sowohl in personeller als auch in sachlicher Hinsicht auch heute noch nicht abgeschlossen. Das technische Instrument des Rundfunks dürfe aber keineswegs gestört werden, deshalb könne man nur nach und nach, Zug um Zug die einzelnen notwendigen Veränderungen vornehmen.

Einigung in Ostpreußen

Sieben Stahlhelmortsgruppen in Ostpreußen wieder zugelassen.

Zwischen dem stellvertretenden Landrat und dem Stahlhelmlandesführer Major a. D. Schöpfer ist es zu einer Einigung gekommen, wonach die Verfügung über die Auflösung von sieben Stahlhelmortsgruppen im Kreise Treuburg (Ostpreußen) unter gewissen Voraussetzungen wieder aufgehoben wird. Bis zum 1. Oktober dürfen im Kreise Treuburg keine Anwärter für den Stahlhelm verpflichtet werden. Weiter haben die seit dem 30. Januar neu eingetretenen Stahlhelmanwärter eine vorgeschriebene Wartezeit von etwa drei Monaten durchzumachen, während der keine Uniformen getragen werden dürfen.

Stahlhelmverbot in Düsseldorf

Aufruf des Essener Gauleiters der NSDAP.

Der Regierungspräsident hat für den Gesamtbereich des Regierungsbezirks Düsseldorf den Stahlhelm in seiner bisherigen Organisationsform verboten.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit vielfach politisch unzuverlässige Elemente als Mitglieder in den Stahlhelm aufgenommen worden sind. Betont wird, daß das Verbot sich in keiner Weise gegen den alten Bestand des Stahlhelm richte. Es bezwecke lediglich, den Stahlhelm von den Mißbräuchen der letzten Monate zu säubern und in neuer Form der Mitarbeit an den Aufgaben des nationalen Staates wieder nutzbar zu machen.

Der Gauleiter des Gaues Essen der NSDAP., Terboven, hat aus Anlaß des Verbotes einen Aufruf an die SA., SS. und den Stahlhelm erlassen, in dem er die Stahlhelmer, die schon vor Beginn der nationalsozialistischen Revolution im Kampf gegen das alte System gestanden haben, auffordert, sich unter der Führung Adolf Hitlers erneut zu formieren, um gemeinsam die in der Zukunft nötigen Schlachten zu schlagen.

Die Formierung soll in dem alten Ehrenkleid und unter den alten Fahnen des Stahlhelm vor sich gehen. Der Gauleiter berief den Gau-Stahlhelm-Führer Major Niederhoff zum Führer des neuen Stahlhelm.

Dr. Krupp Führer des Reichsstandes der Industrie. Wie verlautet, wird der Präsident des bisherigen Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, die Führung des neugegründeten Reichsstandes der deutschen Industrie übernehmen.

Es ist also weitgehend auf die örtlichen Verhältnisse, z. B. die Bodenbeschaffenheit, die Marktlage usw. Rücksicht zu nehmen. Eine schematische zahlenmäßige Mindestgrenze gibt es nicht.

In § 10 des Erbhofgesetzes wird der Umfang des Erbhofes dahin bestimmt, daß alle regelmäßig von der Hofstelle aus bewirtschafteten Grundstücke zum Erbhofe gehören, so weit sie im Eigentum des Bauern stehen. Daraus ergeben sich verschiedene Folgerungen. Hat der Bauer selbst nur wenig Land zu eigen, besitzt er aber eine Menge Pachtland dazu, so wird der Hof doch nicht von Amts wegen in die Erbhöferolle eingetragen. Das Eigentum des Bauern selbst muß die erforderliche Größe haben, also mindestens eine Ackernahrung umfassen. Soll ein kleinerer Hof in die Erbhöferolle aufgenommen werden, ist Antragsstellung beim Anerbengericht notwendig. Zur Eintragung ist hier die Zustimmung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung erforderlich. Es ist anzunehmen, daß gerade in den Fällen, in denen durch entsprechend langfristige Pachtverträge dafür gesorgt ist, daß der landwirtschaftliche Betrieb auf einer ausreichend großen Grundfläche betrieben wird, die Berufsvertretung ihre Zustimmung geben wird. Grundstücke, die nicht regelmäßig von der Hofstelle aus bewirtschaftet werden, dürfen nicht mit in die Erbhöferolle eingetragen werden. Dies würde für abseits liegende Grundstücke zutreffen, die etwa verpachtet worden sind. Im allgemeinen freilich schließt allein die Verpachtung als solche die Erbhofszugehörigkeit eines Grundstückes nicht aus. Lediglich wenn das betreffende Grundstück, auch wenn es nicht verpachtet wäre, nicht vom Hofe aus bewirtschaftet werden kann, wird es nicht in die Erbhöferolle eingetragen.

Es ist also sehr wohl die Möglichkeit gegeben, daß ein Bauer einen Erbhof besitzt, der sich nach bäuerlichem Erbhofrecht vererbt, und daneben noch das eine oder andere Grundstück, für das die gesetzliche Erbfolge des Bürgerlichen Gesetzbuches, im Normalfalle also die Teilung unter die Kinder, eintritt, wenn kein Testament gemacht worden ist.

Ebenso wie möglicherweise ein Bauer einen Erbhof und daneben erbhoffreie Grundstücke besitzen kann, so kann er auch mehrere Erbhöfe besitzen. Die Bestimmung des Erbhofgesetzes: „Mehrere Erbhöfe hat ein Bauer nicht" ist nicht für die augenblickliche Uebergangszeit gedacht, sondern will den Zustand festlegen, der bestehen wird, wenn das neue Erbhofrecht sich voll ausgewirkt hat. Wer im Augenblick mehrere Höfe hat, bleibt auch nach Inkrafttreten des Erbhofgesetzes ihr Eigentümer, und wenn die Höfe groß genug sind, werden sie sämtlich in die Erbhöferolle für denselben Eigentümer eingetragen.

Daß nur dies der Sinn des Gesetzes sein kann, ergibt sich daraus, da im § 23 ausdrückliche Bestimmungen für den Fall getroffen werden, daß ein Bauer mehrere Erbhöfe hinterläßt. Erst im Augenblick des Erbfalles zeigt sich die Bedeutung des Satzes, daß ein Bauer mehrere Erbhöfe nicht habe. Beim Erbfall erhalten die Erben nur je einen Hof, nicht etwa der nächstberufene Anerbe, also in der Regel der älteste Sohn, sämtliche Erbhöfe.

Diese Frage der mehreren Erbhöfe hängt schon aufs engste mit der Frage zusammen, was zu geschehen hat, wenn ein Grundstück die für Erbhöfe festgesetzte oberste Größengrenze überschreitet. Wird derzeit ein großes Gut mit mehreren Vorwerken bewirtschaftet, so fragt es sich, ob das Grundstück überhaupt nicht eingetragen werden darf. Nach Sinn und Wortlaut des Erbhofgesetzes ist jedoch anzunehmen, daß einmal das Hauptgut selbst als Erbhof und daneben die Vorwerke auch noch als Erbhöfe eingetragen werden können. Das ist lediglich dann nicht möglich, wenn auch bei dieser Behandlung noch die einzelnen Teile des Hauptgutes über die noch festzusetzende zulässige Größe hinausgehen. Immerhin gibt es dann die Möglichkeit, durch Verkauf entsprechender Flächen die Grundstücke eintragungsfähig zu machen.

Diese Auslegung des Erbhofgesetzes — zahlenmäßige Bestimmungen über die Höchstgrenze stehen, wie bereits erwähnt, noch aus — mag vielleicht auf den ersten Blick befremden. In Wirklichkeit ist sie jedoch gar nicht befremdlich. Sie entspricht vielmehr dem auf die Schaffung mittlerer Bauernstellen gerichteten Zweck des Gesetzes. Nachdem aus dem bisherigen Großgrundbesitz mehrere Erbhöfe in einer Hand vereinigt worden sind, tritt nun beim Erbfalle eine Aufteilung des Besitzes ein. Die Erben erhalten nur je einen Erbhof, also einen Teil des bisherigen Besitzes.

Ist ein Erbhof Eigentum der in Gütergemeinschaft lebenden Ehegatten, so kann er nicht in die Erbhöferolle eingetragen werden. Es müßte zuvor eine Auseinandersetzung unter den Ehegatten stattfinden. Eine Pflicht zu solcher Auseinandersetzung besteht jedoch nicht. Haben die Ehegatten jeder verschiedene Grundstücke in die Ehe eingebracht und zu Eigentum behalten, wie das in einigen Gegenden üblich ist, so bilden nicht die Grundstücke beider Ehegatten zusammen einen Erbhof, sondern nur die jedes der beiden Ehegatten, sofern sie die erforderliche Größe haben.

Regierungswahl in Danzig

Dr. Rauschning zum Danziger Senatspräsidenten gewählt.

Danzig, 21. Juni.

Der Danziger Volkstag wählte in seiner Eröffnungssitzung mit 49 Stimmen der NSDAP. und des Zentrums bei 15 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und der Linksparteien den nationalsozialistischen Kandidaten Dr. Rauschning zum Präsidenten des Danziger Senats und damit zum Danziger Staatsoberhaupt.

Die Wahl wurde von den nationalsozialistischen Abgeordneten mit stürmischen Heilrufen begrüßt. Es folgte die Wahl der übrigen Senatoren, entsprechend den bereits bekannten Vorschlägen.

Lehrkräfte gesucht

Für den Arbeitsdienst.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Auf die geistige Betreuung der Arbeitsdienstwilligen wird wie bekannt sehr großer Wert gelegt. Es ist daher notwendig, geeignete Kräfte für die geistige Betreuung, d. h. Männer, die durch ihre Vorbildung befähigt sind, staatspolitischen Unterricht zu geben, für die Lager des Arbeitsdienstes heranzuziehen.

Schon vor einigen Tagen ist in der Presse darauf aufmerksam gemacht worden, daß für diesen Dienstzweig namentlich Junglehrer geeignet erscheinen, die anderweitig wenig Aussicht auf Anstellung haben. Auch solche Lehrer, die über 25 Jahre alt sind, sich aber im Arbeitsdienst betätigen wollen, können durch Meldungen durch die zuständigen Stellen in den Arbeitsdienst eingereiht werden.

Neben diesen Lehrkräften können auch andere, staatspolitisch genügend Vorgebildete eingestellt werden. Alle müssen mindestens vier Wochen praktisch im Arbeitsdienst tätig sein.

Im Reichsarbeitsministerium tagten unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers die Treuhänder der Arbeit.

Die Stellung der Jugendbünde im neuen Staat.

Im Zusammenhang mit der endgültigen Eingliederung der deutschen Jugendverbände in den neuen Staat fand Mitte Juni in Berlin eine Aussprache zwischen dem Führer der Hitlerjugend und dem Reichswart des Evangelischen Jungmännerwerkes Deutschlands statt. Sie konnte anknüpfen an Vorschläge zur Bildung eines Führerrates, die schon seit längerem in der Presse bekanntgegeben worden sind und jetzt der Entscheidung des Reichskanzlers unterliegen. Uebrigens liegen sie in der Linie von Anregungen, die D. Stange bereits vor Monaten für eine Neuordnung der reichlich unübersichtlichen Zustände innerhalb der deutschen Jugendbünde an maßgebender Stelle gegeben hat. — Im Verlaufe der Aussprache ermächtigte Herr von Schirach unter Anknüpfung an die in der Oeffentlichkeit bekanntgewordene „Kampfansage" der Hitlerjugend gegen die „Bünde" ausdrücklich zu der Feststellung, daß damit keinesfalls die großen Verbände des evangelischen Jugendwerkes gemeint seien. Eine Fortsetzung der Aussprache wurde ins Auge gefaßt, sobald die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen der Staatsführung gefallen sind.

Erklärung evangelischer Jugend Bielefelds.

Der Bannführer Brennecke hat nach Zeitungsberichten vor der Hitlerjugend am vergangenen Sonntag von der Zertrümmerung der konfessionellen Verbände durch die Hitlerjugend als ihrer dritten Aufgabe geredet, nachdem die marxistischen Jugendbünde und die großdeutsche Jugend zerschlagen seien. Nach der Verfügung des Reichsinnenministers Dr. Frick sind die evangelischen Jugendverbände voll anerkannt und berechtigt. Auch liegt ein Telegramm des Stellvertreters des Führers der Hitlerjugend, Nabersberg, folgenden Inhalts vor:

„Sogenannte Gleichschaltung evangelischer Jugend nachdrücklichst mißbilligt. Gegenmaßnahmen getroffen." Solange diese Verfügungen der Reichsregierung nicht widerrufen sind, machen wir unseren Dienst an der deutschen evangelischen Jugend in den bisherigen Formen der Vereine und Verbände unbeirrt weiter. Die Führung der evangelischen Jugend legt bei den in Frage kommenden Stellen aufs schärfste Verwahrung ein. — An den Reichs-Jugendführer Baldur von Schirach hat die evangelische Jugend Bielefelds heute folgendes Telegramm gerichtet: „Reichsjugendführer Baldur von Schirach, Berlin, Reichsinnenministerium, Bannführer Brennecke ankündigte am 18. Juni bei Werbeaktion des Banns Minden-Ravensberg die Zertrümmerung der konfessionellen Jugendverbände und das angesichts des Jugendtages am 24. Juni. — Angeschlossen dem staatlich anerkannten Reichsverband evangelischer Jugend erheben wir schärfsten Widerspruch und bitten sofortigen öffentlichen Widerruf des Bannführers zu veranlassen. Für 3000 evangelische Jugendliche Bielefelds, Quistorp, Pfr., Vorsitzender." Quistorp.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Ueber „Die Lebenstauglichkeit der Handschrift" spricht am Donnerstag, den 22. Juni, 20¼ Uhr im Deutschen Haus, Obernstraße 53, Saal, der Schriftpsychologe Herr G. Kaeser, Bielefeld. Eintritt 30 und 50 Pfg. Schüler und Erwerbslose 30 Pfg. Der Großdeutsche Erfolgsring, Ortsgruppe Bielefeld, lädt freundlichst zu dem Vortrage ein.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Hospize und Heime

Berlin

Berlin N. 24, Hotel Christl. Hospiz, 75 Zimmer, 120 Betten. Nähe der Bahnhöfe Friedrichstraße, Stettiner und Lehrter. Untergrundbahn Oranienburger Tor. Auguststraße 82. Telefon Norden 997.

Westdeutschland

Westerwaldheim-Allenkirchen, Westerwald. Erholungsheim des Ev. Verbandes für die weibliche Jugend. Nimmt Frauen und Mädchen zu mäßigen Preisen auf. Das ganze Jahr geöffnet, herrliche Lage im Tannenwald 300 Meter hoch. — Anfragen an die Leiterin.

Evangel. Erholungsheim „Lahnberg" Post und Bahnstation Nassau/Lahn). Im schönsten Teil des Lahntals gelegen, bietet ruhig. familiären Aufenthalt zu jeder Jahreszeit. Eigener Waldpark. Liegeplätze, Tennisplatz. Heilbäder i. Hause. Freibad i. nächster Nähe. 15 Min Bahnfahrt bis Bad Ems, 45 Min. bis Koblenz. Auch Daueraufenthalt für ältere alleinstehende Damen und Herren. Auskunft und Werbeschrift durch die Heimleitung.

Ostsee

Göhren auf Rügen. Christl. Hospiz „Gottesgruß". Direkt am Wald, unweit vom Strand, bietet Erholungsuchenden ruhig. Sommeraufenthalt. Mäßige Preise. Prospekt. Für junge Mädchen i. mehrbett. Zimmer Vorzugspreise. Schw. Marg. Range.

Harz

Haus Bergblick, Luftkurort Ilsenburg, freundl., ruhiges, sonniges Heim im Harz unterhalb des Brockens. Behagl. einger. Zimmer mit und ohne Pension. Mäßige Preise. Ausk. Auskunft erteilt **Tabea Sprick** (vorm. Frau Pastor M. Sprick).

Luftkurort Allrode i. Harz. Hotel und Erholungsheim „Zum weißen Roß!" Ruhiges Haus. Preisw. Familienpension. Jg. Mädchen finden gute Erholung bei Teilnahme an meinen Kochkursen. Pension nach Uebereinkunft. Bes. Anna Ackermann.

Braunlage (Oberharz), Haus Klaveyn 620 m hoch, kl. behagl. Fremdenheim, sonnigste ruh. Lage, unmittelbar am Hochwald m. gr. Liegewiese. Sommer- u. Winterkuren. Mod. Zimmer, fließ. Wasser, Bad. Volle Pension von Mk. 5,— an.

Braunlage (Oberharz) „Haus Agnes" kl. behagl. Fremdenheim mit schönem Garten, ruhige Lage, nahe dem Walde und Kurpark. Gute reichliche Verpflegung. Pensionspreis täglich 4,50 bis 5,— Mark.
Besitzerin Agnes Gieseler.

Christl. Erholungsheim Stolberg Südharz, umgeb. v. meilenweitem Hochwalde, sonnig in eigenem Park gelegen, ruhig, comfort. Haus. Sehr schöne Räume. Zentralhzg. Andachten. Beste Verpfleg. a. W. Diät. Liegekur. Billigste Preise.

Evangel. Erholungsheim „Haus Hagental", Gernrode (Harz), mitten in schönster Harzlage. Große, freundliche und gut eingerichtete Zimmer. Billige Preise. Volle Pension von 4.50 Mk. an. Prospekte durch die Leitung.

Haus Berghalde in Wernigerode, Bollhasental 8, in schönster Lage, direkt am Walde, nimmt alleinstehende Damen mit und ohne Kinder, auch Erholungsbedürftige, bei mäß. Preisen auf. Gute Verpflegung. Christliches Haus.

Nordsee

Nordseebad Norderney. Erholungsuchende finden im „Haus Silbermöve" in nächster Nähe des Warm-Wellenschwimmbades, des Kurgartens und des Westbadestrandes jederzeit freundliche Aufnahme und vorzügliche Verpflegung. Preis laut Vereinbarung.
Auskunft: Prediger Geiken.

Nordseebad Langeoog, „Tongers Familienheim", ruhig gelegen, bietet Erholungssuchenden Wohnung mit voller seegemäß kräftiger Verpflegung zu mäßigen Preisen. Auf Wunsch Hausprospekt. Hausordnung nach christlicher Lebensauffassung.

Hamburg

Hamburg, Rautenbergstr. 11: Hospiz der evang.-luth. Auswanderermission f. Stadtbesucher u. Ueberseereisende 3 Min. v. Hauptbahnh. zwisch. Holzdamm u. St. Georgskirche. Zentralheizung. Fließ. Wasser. Bäder. Angenehme Aufenthaltsräume. Billige bürgerl. Verpfl. Einzel- u. Familienzimmer. 16 Z. 38 B., Bett von 1,50 RM an. Fernr. 24 07 02. Leit.: Diakon Ludw. Helmers.

Hamburg. Christliches Hospiz, Uhlenhorster Hof, Osterbeckstr. 4. Moderne Zimmer, fließ. Wasser. Solide Preise. Ab Hauptbhf. mit Linie 18 u. 25 bis Haltestelle Schillerstr. Tel. B 2, 5476.

Rhein

Braubach am Rhein. Erholungsheim „Haus Friedrich", christl. Haus in schöner, staubfreier Lage; 3 Min. v. Tannenwald mit herrlichem Rheinpanorama, eines der schönsten am Rhein. Veranda, Terrasse u. Ruhehalle mit Liegestühlen; altbek. vorzügl. Verpflegung. Reine Obst- u. Traubensäfte. Auf Wunsch Diätküche. Herrl. Ausflüge in die waldreiche Umgebung. Tagespreis RM 3.80 bis 4,50 einschl. Bedienung. Werbeschrift frei. Telefon 234.
Bes. A. Friedrich u. Frau.

In **Bad Kreuznach** bietet das Evangel. Jugend- u. Erholungshaus „Daheim" Frauen u. Mädchen, die sich erholen u. Solbäder gebrauchen wollen, angenehmen Aufenthalt bei ermäßigten Preisen von 3,50 Mk. an. Das Haus ist der Neuzeit entsprechend eingerichtet, hat fließendes Wasser, einen ruhigen, sonnigen Garten und Liegehallen. — Ab 1. September 1931 sind neben den kurzzeitigen Erholungsgästen auch sogen. Dauergäste zu mehrmonatlichem Aufenthalt willkommen. Der Monatspreis bei einem Mindestaufenthalt von zwei Monaten ist von 90 Mk. an. Das Haus wird von Diakonissen geleitet. Anfragen richte man an die leitende Schwester, Bad Kreuznach, Gustav-Pfarriusstr. 4.

Orsoy (Niederrhein). Heimvolkshochschule f. j. Mädchen ü. 18 J. Einjähr. Lehrgang. Ziel: Charakterbildung auf christlicher und deutscher Grundlage. Neben wissenschaftlichem Unterricht auch hauswirtschaftlicher mit Praxis.

Caub a. Rh., Haus Elsenburg, Erholungsheim d. Westd. Jungmännerbundes. Prachtvolle Lage. Freundl. Zimmer, gute Verpflegung, mäßige Preise. Das ganze Jahr für jedermann geöffnet. Werbeschrift sendet Ferd. Hinnenberg.

Koblenz. Christl. Hospiz. Freie schöne Lage, 7 Min. v. Hauptbhf. Terrasse, Bäder. Elektr. Licht. Zentralheizung. 40 Zimmer, 50 Betten. Gute Küche, ff. Getränke.

Braubach am Rhein, Christliches Erholungsheim in schönster Rheingegend. Freundliche Zimmer, teilweise mit fließ. Wasser u. Aussicht auf Burg und Rhein. Großer, schattiger Garten mit Liegewiese, anschließend Weinberg. Tägliche Andacht. Gute Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekte durch Prediger Göttert (Tel. 251).

Düsseldorf. Christl. Hospiz „Neanderhaus", Scheurenstr. 8—10, 4 Min. v. Hauptbahnhof. Fernruf 1364. Bekannt, ruhiges Haus. Mäßige Preise.

Ruhr

Haus Friede, Christl. Erholungsheim Bredenscheid bei Hattingen (Ruhr.) 1925 erbautes, neuz. eingerichtetes Haus m. gr. eigener Landwirtschaft. Tägl. Ausflüge. Tagespreis 3,50 u. 4,— Mark. Prosp. und Meld. durch die Hausleitung.

Bodensee

Christliches Erholungsheim, Ueberlingen am Bodensee, St. Ulrichstr. 38. Ruhige sonnige Lage in nächster Seenähe mit herrlichem See- u. Alpenblick. Ermäßigte Preise. Andachten. Prospekte.

Solling

Erholungsheim im Solling b. Dassel, Krs. Einbeck, Weserbergland. Höhenlage inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder, Licht-, Luft- u. Sonnenbäder, Zentralheizg., elektr. Licht. Andachten und Bibelstunden. Prospekte kostenlos.

Lippe

Bad Salzuflen. Christl. Erholungsheim „Bergfriede". Eigentum des Diakonenhauses Nazareth, Bethel. Mäßige Preise, für Berufsarbeiter der Innern Mission besondere Ermäßigung. Hausvater Schneider, Salzuflen (Lippe), „Bergfriede".

Schwarzwald

Christlich. Kurheim **Haus Gottestreue Badenweiler** in schönster Gegend des südl. Schwarzwaldes bietet Müden und Erholungsbedürftigen bei bester Verpflegung zu denkbar mäßigem Preis idealen, stärkenden Aufenthalt. Anfragen an Schwester Elli.

Kurhaus Palmenwald Freudenstadt 750 m. Christliche Hausordnung. In schönster Lage Freudenstadts. Ruhiges, mit allen Bequemlichkeiten ausgestattetes Haus. Liegehalle. Lift. Sorgfältige Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekte durch die Verwaltung. Leiter: Pfarrer Stiefenhofer.

Mein Ferienziel!
Kurhaus und Hospiz
„Grüner Wald", Herrenalb, Paradies des nördlichen Schwarzwaldes. Herrliche Lage am Tannenhochwald. Beste Verpflegung. Auf Wunsch Diät, Veget. u. Rohkost. Heilbäder. Liegewiese. Garage. Sehr ermäßigte Preise. Die Leitung: A. Schwenk.

Riesen-Gebirge

Wölfelsgrund. Glatzer Schneegebirge, Deutsch-christl. Touristenheim Hötzelei im Bergwald an einem Fußweg gelegen, für kürz. und läng. Aufenthalt geeignet. Nachtl. v. 1,50 Mk. an, Frühstück 75 Pf. Charlotte v. Radecke.

Ostpreußen

Neuhäuser (Ostpr.). Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim. Evang. Kurhaus a. der Ostsee. Wundervoller Strand. Herrl. Wald. Schöne Spaziergänge. Großer Park. Gute Pension 3,50 b. 5,— Mk., je nach der Jahreszeit. Jahrüber geöffnet. (Inh. Evang. Frauenhilfe.)

Schleswig-Holstein

Das kleine christliche Erholungsheim Waldfrieden in Rosdorf bei Kellinghusen (Mittelholstein) in stiller, waldreicher Gegend, vermietet Zimmer an Sommergäste ohne Verpflegung. Preis je Bett u. Person 0,80 bis 1,— RM. Auf Wunsch Küchenbenutzung, sonst Mittagstisch 2 Min v. Hause.

Auch werden 3—4 Räume im 1. Stock, evt. z. T. möbliert, dauernd abgegeben. Küche kann eingerichtet werden. Wasser auf gleichem Flur. Elektr. Licht. Balkon, Fernsicht, schöner Garten, evtl. Gemüseland. Liegt sehr schön. Wald 2 Min. v. H. Preis (ohne Möbel): 25—35 RM.
Frau Heinr. Dallmeyer.

Sie finden angenehmen **Erholungs-Aufenthalt** in der Christlich. Privatpension **Haus Buchenek, Ratzeburg Landg.,** direkt am Wald und See. RM 3,50 — Prosp. — Evangelist J. Goßmann.

Mitteldeutschland

Erholung — Verjüngung — Heilung. im **Kurort Elm, Bad Wildungen.** Christl. Erholungsheim in der Waldecker Schweiz. Naturkuren, auch unter der persönl. Leitung des Direkt. Goßmann aus Kassel-Wilhelmshöhe. Wildunger Kuren. Badehaus. Lehmbäder (auch warme), Sonnenbäder. Massagen. Packungen usw. für alle Krankheiten außer ansteckende. 126 Morgen Landwirtschaft u. Gärtnerei. 5 Pensionshäuser. Vegetarische und Fleischküche. Kaffeetagskaffee. Gesundbäckerei. Autountersuchung frei. Pension 3,— bis 4,50 Mk. u 5%. Keine Kurtaxe. Bilderprospekt frei. Evgl. Gemeinschaft.

Thüringen

Tambach-Dietharz, Thür. Wald, **Haus Fürstenblick.** Staubfreie ruhige Lage — nahe dem Wald — gr. Garten, Liegewiesen (Schwimmbad am Ort. Anerkannt gute Verpflegung, mäßige Preise. Fernr. 42. Fr. L. Jacobskötter.

Hospiz „Haus Hainstein", Eisenach. Herrliche Lage, eigener Waldpark. Wartburgblick; besonders für längeren Aufenthalt geeignet. Teilnahme an den Andachten und Feierstunden des Jugendwerkes erwünscht. Gute Zimmer mit einfacher, gesunder Verpflegung (4 Mahlzeiten) Reichhaltiges Lesezimmer. D. Paul Le Seur.

Bayern

Oberbayern, Station Frasdorf, Gebirgsort am Fuße der Hochries. Schöne Bergtouren im Sommer und Winter, vielbesuchtes Ski-Gebiet, billige Ski-Kurse. Sonderzüge ab München, Autobus: Rosenheim — Ginnertig — Frasdorf — Aschau — Tirol. Pension Landhaus Ginnerting, Frasdorf. Sonnigste Lage, herrl. Blick auf die Gipfel. Südbalkonzimmer mit Verpflegung komplett, 8 Tage Mk. 25. Anfragen erbeten mit Rückpostkarte.

Nürnberg. Horeskahaus Sterntorhospiz, 3 Minuten links vom Bahnhof. 2,50 Mk. an.

Nürnberg, Obstmarkt - Fünferplatz. Alkoholfreie Gaststätte zur Krone. Kalte und warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

Christl. Erholungsheim Rhönhäuschen. Bahnstation: Zeitlofs-Unterfranken (Lokalbahn Jossa — Bad Brückenau) bietet für 3,— Mk. u. 10% 4 gute u. reichliche Mahlzeiten, fröhliche Geselligkeit, Liegekuren in staubfreier, kräftiger Luft, herrliche Rhönwanderungen, Brunnenkuren, Gelegenheit zu Badekuren im nahegelegenen Bad Brückenau. Auskunft durch die Besitzerin: Gräfin Schulenburg, Zeitlofs - Unterfranken. Empfohlen durch Pastor Hölzel.

Ausland

London. Deutsches Christliches Hospiz, Westgate House 28/29 Bedford Place, London W. C. 1 — Zentral gelegen. Zwei Minuten vom Brit. Museum. Fließ. warmes u. kaltes Wasser in allen Zimmern. — Deutsche Küche. Frühstück, Lunch, Tee, Abendessen. Telephon: Museum 4253. Telegr.: Comandsee London.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . **Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).**

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Oberprimaner, Pfarrerssohn, Nationalsozialist sucht für Fahrt mit Schiff und Fahrrad nach

Ostpreußen

das bereits durchwandert, einen

Reisegefährten (Kost.: ca. 90,—)

Gottfried Schultze, Herford i. Westf., Wilhelmsplatz 4.

Gesucht zum 15. Juli, gebildetes, ernst. evang.

jung. Mädchen

aus gutem Hause, nicht unter 22 Jahre, **perfekt im Nähen, Flicken,** als Haustochter. Gehalt 25,— RM bei freier Station. Beste Empfehlung erforderlich.
„Kinderheimat"
Bückeburg, Petzerstraße 12.

Das Hasliberghaus Goldern

Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, ladet Erholungs- und Stärkungsbedürftige zum Besuche ein. Es bietet bei bescheidenen Preisen sorgfältige Verpflegung (auch Diät) in traulicher Hausgemeinschaft. Sonnen- und Quellbad. Illustrierter Prospekt v. Hausvater Dr. Rud. Burckhardt, Pfr.

5 Harmoniums

1—5 Spiele, modern, neu, billigst auch auf Teilzahlung abzugeben.
Bielefelder Piano- u. Harmonium-Handlung
Otto Stierstadt
Bielefeld. Gegr. 1905. **Ellerstraße 17** Telefon 3787.

Luftkurort Emdenau, Bad Wildungen Land
Christliches Erholungsheim, Waldecker Schweiz
Pension von RM 3.— an. — Luft-Sonnenbad, Liegehalle. Bäder. Wildg. Trinkkur. Illustr. Prospekt bei Angabe dieser Zeitung frei.

M. v. Brandt
Bielefeld, Schillerplatz 12
An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Uebernahme von Hausverwaltungen
und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungsschaden-Sachen

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.
Mittwoch abend: Bibelstunde Herr Pastor Voigt.
Donnerstag abend: Singekreis 8 Uhr pünktlich in der Zionskirche.

— Frauenhilfe. Mittwoch, den 21. Juni, Spaziergang zur Habichtshöhe. Treffpunkt Dorflinde pünktl. 3½ Uhr.

— Gesangprobe für das Bethelfest. Der Kirchenchor, Krankenchor, der Brüderchor und der Jungmädchenchor werden gebeten, am **Donnerstag 8 Uhr** zur Probe in der Zionskirche. Kantate „Selig sind die Barmherzigen" und Bethelpsalmen sind mitzubringen. J. V. Seiler.

— Verloren 1 Paketchen mit Stoff von Bethelecke bis Kantenfieck 14. Bitte abzugeben Kantenfieck 14 pt.

Beilage des Aufwärts

Nr. 143. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 22. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Vom neuen Denken zum neuen Handeln.*)

Unter diesem Leitwort stand die gut besuchte **Reichstagung des „Verbandes für evang. Religionsunterricht und Pädagogik“** (V. e. R. P.), die vom 10.—12. April in Potsdam im Heim der Ev. Frauenhilfe unter der Leitung ihrer 1. Vorsitzenden D. M. v. Tiling stattfand. Das Bewußtsein, in einer entscheidungsschweren Gegenwart als evangelische Religionslehrer und Erzieher zu verantwortlicher Mitarbeit gerufen zu sein, beherrschte die Versammlung vom Anfang bis zum Schluß.

Die beiden Hauptvorträge zeichneten den neuen Erkenntnisstandpunkt in bezug auf Pädagogik und Religionsunterricht. Das neue pädagogische Denken, das ausgeht von einer biblisch begründeten Anthropologie oder Psychologie, behandelte in wissenschaftlich-kritischer Darstellung Studiendirektor Dr. G. Müller von der Aufbauschule in Bethel in seinem Vortrag: „Der Stand der Arbeit an einer Pädagogik auf reformatorischer Grundlage.“ Das neue Denken über den Religionsunterricht, die Besinnung auf seinen kirchlichen Auftrag und Charakter, seine sachliche und methodische Befreiung aus der zu engen Einordnung in die „kulturkundlichen“ oder „ethischen“ Fächer, fand richtunggebenden Ausdruck in dem Vortrag von Pfarrer G. Merz-Bethel: „Der Religionsunterricht als kirchliche Unterweisung.“ Noch vor kurzem hätte diese Formulierung des Themas in weiteren Kreisen der Lehrerschaft Anstoß erregt. Gegenwärtig bricht sich offensichtlich die Erkenntnis Bahn, daß der Religionsunterricht in der Schule nicht die Privatangelegenheit des einzelnen Lehrers ist, der sich aus irgendeinem Grunde bereit erklärt, diesen Unterricht zu geben, daß es auch nicht genügt, den Religionsunterricht als einen Kulturauftrag des Staates anzusehen — so groß und wichtig das Interesse des Staates am Religionsunterricht auch ist und so sicher der Staat einen Dienst vom Religionsunterricht zu erwarten hat —, sondern daß auch der Religionsunterricht in der Schule als Dienst an der Kirche verstanden werden muß, daß es sich bei ihm handelt um Unterweisung im Sinne der Kirche, der die Kinder durch ihre Taufe angehören.

In der regen Aussprache trat eine starke Uebereinstimmung in der Grundrichtung des Denkens zutage. Gemeinsam wurden dann die Folgerungen für das pädagogische Handeln gezogen. Zunächst wurde gearbeitet an der klaren Erfassung der Begriffe Kirche und Staat. Es ist ja das ernste Gebot der Stunde, dem Staat zu geben, was des Staates ist, — aber ebenso auch der Kirche, was der Kirche ist. Als evangelische Christen müssen wir deshalb wissen, was Kirche ist und was Staat ist, und von beiden her haben wir die Folgerungen zu ziehen für den Religionsunterricht. Dem Religionsunterricht von der Kirche her sein Recht zu geben, war das Anliegen von Pfarrer Merz. Aus seiner Stellungnahme ergaben sich neue Gesichtspunkte für die Stoffauswahl und Anordnung (z. B. in der Behandlung der Kirchengeschichte) und für die Methode, die nicht einfach von andern Schulfächern her übernommen werden darf. Ebenso erwächst eine klare Forderung in bezug auf den Religionslehrer. Wenn nach Pfarrer Merz die Vollmacht für den Religionsunterricht nur begründet werden kann durch bewußte Zugehörigkeit zur Kirche und durch die Bereitschaft, darüber Rechenschaft zu geben, so ist es selbstverständlich, daß nicht jeder Lehrer Religionsunterricht geben kann und darf und daß ein nötigender Druck auf den Lehrer von seiten der Behörde verhängnisvoll wäre. Weiter beschäftigte man sich mit der Frage der Freiheit der Eltern gegenüber dem Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen. Kann der Staat bei Aufhebung der weltlichen Schulen allgemeinen Religionsunterricht erzwingen?

Der neue Staat hat zweifellos recht mit der Erkenntnis, daß die Teilnahme aller Kinder am allgemeinen Religionsunterricht von einer weittragenden Bedeutung für einen nationalen und autoritären Staat ist. Es ist klar, daß etwas an der inneren Geschlossenheit der Volksverbundenheit in Sitte, Kultur und Geschichte fehlt, wenn ein Teil der Bevölkerung dem Religionsunterricht fern bleibt. Vor allem kann nur durch den Religionsunterricht die letzte und festeste Begründung der Hoheit von Volk und Staat als göttlicher Ordnungen den Kindern nahegebracht werden. Wird es möglich sein, dies Interesse des Staates zu wahren, ohne einen Zwang in Glaubens- und Gewissensfragen auszuüben, ohne durch Aufhebung des Elternrechtes einen Keil zwischen Kinder und Elternhaus zu treiben? Es wurde erwogen, ob — bei grundsätzlicher Möglichkeit der Befreiung vom eigentlichen Religionsunterricht — für die Kinder von Dissidenten in den letzten Schuljahren ein rein objektiver Unterricht in der Christentumsgeschichte gefordert werden könnte.

Auch die durch den Umbau und Neubau des Volksganzen neu aufgerollte Frage der konfessionellen Schule fand erneute Erörterung. Seitdem der Kampf um diese Frage geht, ist Charakter und Wert der konfessionellen Schule klarer zutage getreten. Wir verstehen ja immer besser, daß nicht die größtmögliche Freiheit der Einzelpersönlichkeit von jeder Bindung das gewünschte Erziehungsziel ist, sondern daß der Mensch Bindungen braucht, daß eine starke Verwurzelung in Familie, Geschlecht und Volk, eine feste Verbindung des einzelnen mit Glaube und Kirche, Geschichte und Staat seines Volkes zu wünschen ist. Weiter ist es uns klar geworden, daß wir dem Kinde nicht bieten sollen, was erst dem reifen Menschen entspricht, sondern dem Kinde geben, was des Kindes ist, und dazu gehört das diskussionslose Aufwachsen in einer bestimmt geprägten Welt des Glaubens und Lebens mit ihrer sicheren Klarheit, mindestens in der Zeit der eigentlichen Kindheit. Beide Erwägungen führten die Versammlung geschlossen dazu, sich grundsätzlich für die konfessionelle Volksschule auszusprechen. Doch wurden auch Bedenken laut gegen einen uniformierenden Zwang vom Reiche her.

Auch allgemeinere Fragen der Schule und der Erziehung kamen zur Sprache, so die Umgestaltung der höheren Schulen auf größere Lebensnähe hin, so der Freiwillige Arbeitsdienst für die weibliche Jugend. Die höheren Schulen dürfen sich selbst nicht mehr verstehen unter dem individualistischen Bildungsgedanken der Vorkriegszeit und ebensowenig nur als Vorbildungsanstalten für einen bestimmten Beruf. Sie müssen darauf eingestellt sein, dem deutschen Volk die verantwortliche Führerschicht zu erziehen, die, in engster Verbindung mit Sprache, Sitte, Geschichte und Kultur ihres Volkes aufgewachsen, sich an Volk, Staat und Kirche gebunden weiß und die zugleich durch höhere Einsicht in diese Verbundenheit und Gebundenheit zu vertieftem völkischen und christlichen Verantwortungsbewußtsein erwacht ist. Das Ergebnis der Aussprache über die höhere Schule war, daß zwei Typen in der Hauptsache genügen dürften, der rein wissenschaftliche des Gymnasiums als Vorbereitung auf die Hochschule und daneben ein praktischer, dem Bedürfnis der Gegenwart entsprechend. Diese praktische höhere Schule müßte, ähnlich wie die Frauenoberschule den Mädchen, auch den Knaben zu einer größeren Beweglichkeit verhelfen und zu der Fähigkeit, sich irgendwo und irgendwie einzuordnen in die neue Aufbauarbeit des deutschen Volkes.

Ueber den Freiwilligen Arbeitsdienst der weiblichen Jugend entwickelte D. Magd. v. Tiling eigene Gedanken und Pläne. Die Formen des männlichen Arbeitsdienstes dürften nicht einfach übernommen werden. Es müsse sich dabei handeln um ein echtes Stück Frauenerziehung, um Vorbereitung für den lebenslänglichen Dienst der Frau an Volk und Staat. Familienhafte Betätigung, Fürsorge der älteren Mädchen für jüngere Kinder werde ein wichtiger Ausbildungsfaktor sein. Fr. D. v. Tiling denkt z. B. an ländliche Mädchenkolonien, wo schulentlassene Volksschülerinnen mit Abiturientinnen als Vorarbeiterinnen und Führerinnen Garten- und Feldarbeit leisten und für die Kleinkinder des Dorfes Sorge tragen. Auf die genauere Ausgestaltung der Pläne einzugehen, ist hier nicht der Ort.

Dieser kurze Bericht kann aus der Fülle der Besprechungsgegenstände nur einiges herausgreifen. Wer in die pädagogische Arbeit des V. e. R. P. weiter eindringen will, wird hingewiesen auf die Monatsschrift „Schule und Evangelium“ (Verl. Steinkopf, Stuttgart, Jahrespreis 6 RM.), in der die hier nur angedeuteten Probleme eine eingehende Erörterung finden. Ebenso konnten die Voraussetzungen für das neue pädagogische Denken hier nicht entwickelt werden. Sie sind dargelegt in dem bei Steinkopf im Vorjahre erschienenen Buch: Grundlagen pädagogischen Denkens von D. M. v. Tiling, das eingehender zu würdigen eine besondere Aufgabe sein würde.

G. P.

*) Leider konnte der Bericht wegen Mangel an Raum nicht früher gebracht werden.

Ein einheitliches Geschichtsbuch?

Von Dr. Rüthnick.

Die Zeit drängt auf deutsche Einigkeit — wahrlich ein hohes Ziel! Darüber hinaus drängt Uebereifer auf Einheitlichkeit in allen deutschen Belangen. Einheitlichkeit und Einigkeit ist aber keinesfalls das gleiche, vielmehr kann Einheitlichkeit die Einigkeit ernst gefährden.

Man hört heute vielfach die Forderung eines einheitlichen Lehrbuchs der Geschichte für die deutsche Schuljugend. Ausgangspunkt ist der Gedanke, daß gemeinsame Geschichte neben gemeinsamem Blut und gemeinsamer Sprache ein besonders starkes Band völkischen Zusammenhalts sei, was an und für sich zweifellos richtig ist. Wenn heute Sudetendeutsche und Deutschösterreicher ins Reich zurückwollen, die Deutsch-Schweizer aber nicht, so kann man den Grund nur darin finden, daß die Deutsch-Schweizer seit 1500 andere Wege gegangen sind als die übrigen Deutschen. Dagegen verbinden uns mit den Deutschen der alten Habsburger Monarchie viele gemeinsame geschichtliche Erinnerungen, besonders in den letzten 120 Jahren, der gemeinsame Kampf gegen Napoleon I., vor allem aber die Blutsgemeinschaft des Weltkriegs: zwei Reiche, zwei Kaiser, aber ein Volk!

Die Erlebnisse des einzelnen klingen in seinem Gedächtnis fort. Die Volkserinnerung wird übertragen, in früheren Zeiten von Mund zu Mund, sei es in Prosaerzählungen, sei es in Liedern, oft in erstaunlicher Tatsachensicherheit, mitunter sagenumwoben. Heute gibt das papierne Gedächtnis, das Buch, der Volkserinnerung Halt und Stütze. Das Schul-Geschichtsbuch erzählt der Jugend, was die Väter dachten und erschufen. Ein gutes Schulbuch begleitet manchen durch sein ganzes Leben. Die vertraut gewordenen Blätter festigen die Erinnerung. In Halbvergessenheit liest man sich schnell wieder ein, die Zusammenhänge werden wieder wach, vielleicht auch der lebendige Vortrag des Lehrers.

So ist das Schulbuch zweifellos ein bedeutsames Mittel nationaler Erziehung. Aus diesen Erkenntnissen zieht man nun den Schluß: Ein einheitliches Geschichtsbuch ist also geeignet, die völkische Einigkeit zu festigen. Das aber ist ein Trugschluß. Das papierne Gedächtnis, das Buch, leistet nur dann diese guten Dienste, wenn es mit der lebendigen Erinnerung im Volke übereinstimmt. Lebendige Erinnerung aber ist in der bodenständigen Bevölkerung selbst bodenständig, geknüpft an Heimat und Stamm. Sie ist daher allenthalben anders in Deutschland. Nicht nur in der Schweiz ist sie anders als im Reich, sie ist auch in Bayern anders als am Rhein, in Hannover anders als in Brandenburg, in den Hansestädten anders als in Schlesien. Sie ist vor allem in protestantischen Gebieten anders als in katholischen, sie ist in dem reformierten Bremen anders als in dem lutherischen Hannoverland.

Gerade das, so sagt man vielfach, ist eben das Schlimme, das überwunden werden muß. Und diesem Zwecke soll das einheitliche Geschichtsbuch dienen. Es soll hier nicht erörtert werden, ob es wirklich für Deutschland besser wäre, daß die geschichtlichen Sondererinnerungen der Stämme und Städte nicht so stark und dafür die Reichserinnerungen der Gesamtnation stärker ausgeprägt wären. Auf die Tatsachen kommt es an und nicht auf die Wünsche. Es muß festgestellt werden, daß die Teilerinnerungen nun einmal da sind, und daß sie dem geschichtlichen Denken den Inhalt geben, und zwar einen oft wertvollen. Denn mit diesen Vorstellungen von der Vergangenheit sind vaterländische und religiöse Werte verknüpft. Ja, man kann jene Vorstellungen als Wurzeln dieser hohen sittlichen Güter ansprechen. Diese Vorstellungen sind aber nicht einheitlich, sondern landschaftlich sehr verschieden. Soll der Geschichtsunterricht vaterländisches und religiöses Fühlen beleben, so muß das Geschichtsbuch jene überlieferten Erinnerungen pflegen, wofern er nicht in Gefahr kommen soll, die Wurzeln der seelischen Werte zu verletzen. Das ist der wichtigste Grund, der gegen ein einheitliches Geschichtsbuch spricht Das sei an einem besonders eindringlichen Beispiel gezeigt, nämlich an Luther.

Die erhabenste Stunde seines Lebens war sein Auftreten vor Kaiser und Reich, vor Kardinälen und Kirche auf dem Reichstag zu Worms am 18. April 1521 auf dem Reichstag zu Worms. Ein Mann gegen die Welt von damals: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders Gott helfe mir! Amen.“ — Kann ein einheitliches Geschichtsbuch für das ganze Volk diesem Augenblick gerecht werden? — Gewiß wird man auch katholischer Jugend Achtung für die heldische Haltung des großen Mannes abnötigen können. Aber hier ist mehr. Hier ist ein Wort gefallen, das schlechthin der Inbgriff und das Vorbild der Religion, wie sie der Deutsche, der Niederdeutsche begreift. Ein Wort, daß die Seele des Protestanten und Niederdeutschen mächtig ergreift. Ein Wort, das noch nach 400 Jahren Vertiefung des Werkes der Reformation heischt, und ihr den Weg weist. Wie soll man das katholischer Jugend verständlich machen?“ Wie soll ein Geschichtsschreiber und Erzieher die Tiefe dieses Wortes ausschöpfen in einem Buche, das bestimmt wäre auch für eine Jugend, der eben nicht das allein an Gott gebundene Gewissen den Weg weisen soll, sondern die Autorität und die Lehre der päpstlichen Kirche? — Oder sollen etwa wir Protestanten und Niederdeutschen darauf verzichten, unserer Jugend diesen umfassenden Gedanken Luthers und seinen schlichten Ausdruck voll zu übermitteln? Das hieße der deutschen Seele Bestes vorenthalten! — Kann man es dem radikal deutsch Eingestellten verargen, wenn er jenen 18. April 1521 als Gegenstoß gegen den römischen Einbruch unter Bonifatius mit dem Gefühl der Befreiung erlebt? Kann man es andererseits denen, die römisch verpflichtet sind, verwehren, jenen Vorgang als Anfang und Grund der Kirchenspaltung schmerzlich zu empfinden? Wird die erste Gruppe die Luthertat nicht gepriesen sehen wollen, während die andere sie lieber mit Wehmut umschleiert dargestellt zu finden wünscht?

An dies besonders eindrucksvolle Beispiel ließe sich eine Fülle anderer reihen. Karl der Große wird in Aachen und am Rhein als Gründer des 1. Reichs gepriesen werden können, für die Niederdeutschen wird er der Sachsenschlächter bleiben. So wird es kaum einen Großen der deutschen Geschichte geben, der nicht umstritten wäre, je nach konfessioneller, nach politischer Einstellung oder nach Stammeszugehörigkeit. Denn wer in der Zeit der Zerrissenheit Großes wollte, konnte es nur für einen Teil des deutschen Volkes wirken und verletzte notwendig den andern Teil.

Gewiß könnte vollendete Objektivität einen Ausweg gewähren. Aber eine solche würde gerade die Jugend ernüchtern und ein so beschaffenes Geschichtsbuch würde das Beste an der Geschichte, die Begeisterung, ertöten. Die Erhabenheit des Freiherrn vom Stein, der sich im Alter in Nassau einen Turm zur Erinnerung an Deutschlands ruhmreiche Taten erbaute und darin die Bilder aller hervorragenden Deutschen vereinte, erreicht der menschliche Geist erst in fortgeschrittenen Jahren.

So bleibt denn kein anderer Ausweg, als je nach Landschaft und geschichtlichen Erinnerungen der Bevölkerung verschiedene Bücher zu wählen. Dafür spricht auch ein politischer Grund. Noch steht vor uns Deutschen die große Aufgabe, alle in Zusammenhang siedelnden Deutschen in einem Reiche zu vereinen. Vorerst die Deutschen der alten Donaumonarchie. Ihnen wird die Heimkehr aber wesentlich erschwert, wenn das deutsche Volk die Grundlagen seiner politischen Auffassung durch ein einheitliches Geschichtsbuch erhalten soll. In Pommern und Brandenburg wird man nie darauf verzichten können, Friedrich den Großen mit Treitschke'scher Inbrunst als den Helden zu feiern. Von den Deutschösterreichern wird man nicht verlangen können, daß sie den Mann lieben, der die deutsche Stellung in der vielsprachigen Monarchie durch Wegnahme Schlesiens so erheblich schwächte und nicht einmal eine Wiederstärkung durch den Erwerb Bayerns für Oesterreich duldete.

Wie man die Sache auch überlegt, man kommt zu dem Ergebnis: Ein einheitliches Geschichtsbuch ist nicht geeignet, die deutsche Einigkeit zu fördern. Verschiedene, den Erinnerungen der bodenständigen Bevölkerung Rechnung tragende Bücher erfüllen diesen Zweck besser. Man braucht darüber nicht allzu sehr zu klagen. Denn unsere deutsche Geschichte ist wunderbar reich, und jeder Stamm und jede Landschaft weist Männer und Taten auf, deren Ueberlieferung geeignet ist, das Nationalbewußtsein zu beleben. Daß sie in diesem Sinne in den Büchern ausgewertet werden, darauf richte man das Augenmerk. In dieser Weise dient man der deutschen Einigkeit weit besser, als durch ein einheitliches Buch, das notwendigerweise viele verletzen muß.

Begegnungen mit dem jetzigen Reichsbischof.

Es ist reizvoll, einen Mann, der mit einem Schlag in ein hohes Amt berufen worden ist, im Lichte einer freundlichen Erinnerung vor den Geist treten zu lassen und sein Werden an Hand persönlicher Berührungen zu betrachten. Bei Fritz von Bodelschwingh ist mir dies in einem erfreulichen Maß vergönnt.

Als ich 1891 von der Universität auf die hohe Schule der dienenden Liebe Bethel kam, um in der blauen Schürze praktische Theologie an den Elenden zu treiben, verbrachte der nunmehrige Leiter der Reichskirche, damals Tertianer des Gütersloher Gymnasiums, seine Sommerferien im Elternhaus. Ich durfte oft darin aus- und eingehen, als Studienfreund des älteren Bruders Wilhelm, dem nachmaligen Vorsteher des Diakonissenhauses von Bethel-Sarepta, bald auch als Helfer auf des Vaters Schreibstube.

Fritz war eben vierzehn Jahre alt geworden; er war, was man so nennt, ein sonniger Junge, erquickend freundlich gegen jedermann, wie ja die ungezwungene Herzlichkeit wertvolles Bodelschwinghsches Erbgut ist. So wenig als in seinen älteren Brüdern trat im jüngsten etwas von dem Sohn des berühmten Vaters zutage, und wer hätte in ihm den einst zu großen Dingen Berufenen geahnt? Von seiner Schule behaupteten Eingeweihte, daß er nicht immer ganz leicht mitgekommen sei. Er blies als echtes Bethelkind das Flügelhorn. Wenn auf Mutter Bodelschwinghs Gebot der Sekretär am Morgen die Treppe zum obern Stock des Pastorates ganz leise emporgeschlichen war, um den Hausvater nicht vorzeitig vom Kaffeetisch aufzuscheuchen, und seinen Platz am Schreibpult eingenommen hatte, nahm er in der verborgenen Ecke an der Familie Morgensegen teil, bei der Fritz auf seinem Horn den Gesang zart begleitete. Es war ein Blasen aus der Seele des Knaben.

Drei Jahre später kehrte Fritz als Vorläufer von Eltern und Schwester in meiner Kleinbasler Klause ein, die so manchen Bethelgast auf der Reise in den Urlaub in der Schweiz oder in südfranzösische und namentlich ostafrikanische Arbeitsgebiete beherbergt hat. Von jener Begegnung mit dem Primaner im August 1894 ist mir nur etwas scheinbar recht Unbedeutendes im Gedächtnis geblieben. Der Vater hatte mir mit einer seiner seltenen eigenhändigen Karten den Besuch auf einen bestimmten Tag angesagt; er wollte dann rasch von Basel zum Berner Diakonissenfest reisen. Den Tag genau zu kennen, war wichtig, damit das Junggesellenheim für den Empfang und die Bewirtung der Ehrengäste wohl gerüstet werden konnte. „Du wirst sehen, meine Leute kommen erst einen Tag später!" Der Sohn, dem damals schon der Sinn für Genauigkeit in kleinen Dingen aufgegangen war, behielt recht. Wie herzerquickend dann der Besuch der Eltern war, habe ich in meinem Büchlein „Vater Bodelschwingh, Erinnerungen an sein Leben und Wirken, St. Gallen, Evang. Gesellschaft" beschrieben.

Und wieder ein paar Jahre später. Ich war inzwischen nach Winterthur versetzt und verheiratet. Im Gästebuch steht verzeichnet: „16. bis 19. April 1898. Ein alter Bethelgast, Fritz von Bodelschwingh, stud. theol. Und noch einer: Gustav von Bodelschwingh, cand. theol. Beiden war dies liebe Haus auf dem Wege zur Heimat die letzte Station im Schweizerland, nachdem sie in Basel und Montreux durch Leid und Freud' Gottes Güte reichlich geschmeckt." Ein Bildchen aus jenen Tagen zeigt das Brüderpaar Arm in Arm im knospenden Frühlingsgarten. Fritz war ganz der liebe Mensch von ehemals, immer vergnügt. Auf der Straße fuhr ihm der frohe Mut oft in die Beine, so daß er mehr hüpfte, als bürgerlich gemessenen Schrittes ging. Von seinem Studium und Wingolfsleben erzählte er mit der ehrlichen Begeisterung dessen, der bewundern kann, der vom Leben und von Menschen viel von der Freundschaft, für die er veranlagt ist, erfährt.

An einem sonnigen Frühlingstag des Jahres 1909 — die Kiefern der Mark hatten eben ihre frischen Triebe als Lichter aufgesteckt, und die Birken standen im leuchtenden Grün — fuhren von Berlin Scharen teilnehmender Freunde nach Hoffnungstal hinaus, wo Vater Bodelschwingh dem Berliner Großstadtelend mit Hilfe der Obdach- und Arbeitslosen durch Verwandlung der Sandwüste in ein Fruchtgefilde einen Damm entgegengesetzt hat. Es galt die Einführung des ersten Anstaltspfarrers der Kolonie. Ihr Gründer war durch schwere Krankheit in Bethel zurückgehalten und hate darum die Leitung der Feier sowie der anschließenden Mitgliederversammlung des Vereins Hoffnungstal dem jüngsten Sohn übertragen, Helfer und Stellvertreter in allen Berufsgeschäften und im stillen wohl auch schon zum Nachfolger ausersehen. Da war es denn eine Freude, den Sohn am Werk des Vaters zu sehen. Bei aller Umsicht in der Geschäftsführung war er bestrebt, nur die väterliche Botschaft auszurichten und ihren Wünschen Geltung zu verschaffen. Das in Joh. 3, 35 gekennzeichnete göttliche Mitarbeiterverhältnis: „Der Vater hat den Sohn lieb und hat ihm alles in seine Hand gegeben" war da menschlich aufs wirkungsvollste veranschaulicht. Später fragte mich der kranke Vater: „Nun, wie hat's denn Fritz gemacht?" Der Strahl des Wohlgefallens aus dem immer noch so klaren Auge des Heimeilenden sagte, daß diese Frage keiner Antwort bedurfte.

Im Winter 1923 war der Nachfolger in der Organisation und Leitung des gewaltigen Anstaltswerkes bei uns im Kurhaus Heinrichsbad zu Gast. Er wollte nur auf einen Tag kommen, um die alte Freundschaft zu erneuern; aber eine Halsentzündung hielt ihn — zu unsrer Genugtuung — einige Tage fest. Damals sind mir zwei Dinge zum Erlebnis geworden. Die Mutter des Hauses lag in großen Schmerzen auf dem Krankenbett, das bald ihr Sterbelager werden sollte. Der Gast hatte die Frau, von der nach ihrem Tod ein andrer Hausfreund urteilte: „Sie ist für mich eine von den Frauen gewesen, vor deren reinen und klaren Augen ich gern ein guter Mensch gewesen wäre", ja schon in Winterthur liebgewonnen. In jenen Tagen von 1923 war ihr Leiden besonders qualvoll. Aber einen Augenblick wollte sie Fritz von Bodelschwingh doch sehen. Den Schleier, der über diesem Augenblick liegt, will ich nicht heben; aber das darf ich sagen: So zart zurückhaltend und so gebefreudig muß man an Kranken Seelsorge üben, wenn man ihnen ein wahrer Freund sein will.

Und nun vom Krankenstübchen in die Kapelle des Hauses! Der Name Bodelschwingh hatte eine große abendliche Gemeinde angelockt. Der Gast, die Müdigkeit der Stimme tapfer überwindend, erzählte von dem Werk des Vaters und seinen gegenwärtigen Nöten in einer Weise, daß alle Hörer ergriffen, ja hingerissen wurden. Er sprach namentlich von den zwei Wellen Heimatloser, die von Westen aus dem Ruhrgebiet und von Osten aus Rußland eindringen und sich in Bethel stauen, der Zufluchtsstätte für Tausende Aermster, die das unbarmherzige Meer der Nachkriegszeit ausspeit; wie die achttausend Anstaltsbewohner, selber arm und vielfach gebrechlich, ihr Möglichstes tun, um den des Obdachs Beraubten wenigstens vorübergehend die Stätte zu bereiten; wie Kranke bei Eintreffen eines Flüchtlingstransportes kommen und ihre einzige Wolldecke zur Verfügung stellen. Das Opfer jenes Abends bewies, daß Fritz von Bodelschwingh vom Vater das Bitten gelernt hat, ohne Bitten auch nur auszusprechen. Und andern Tages fuhr ein Handwägelchen mehrmals beim Pfarrhaus vor, stets aufs neue mit Kleidern und Wäsche für Bethel beladen.

Noch zweimal später sah ich den Freund an der Arbeit, als ich ihn zu den von schweren Kriegsschäden im „Heilgarten" Genesenden, zu den Volkshochschülern des Lindenhofs, zu den jungen Arbeitslosen von Hoffnungstal begleiten durfte. Unter seinen wohl 16 000 deutschen Pfarrern, deren Bischof er nun geworden ist, werden sicher auch solche sein, die des Zuspruchs ganz ähnlich denen im Heilgarten, im Lindenhof und in Hoffnungstal bedürfen. Sie sollen versichert sein, daß der Mann ihres Vertrauens ihnen allen ein feines, starkes Verständnis für ihre innere Not entgegenbringt. Dabei ist dieser Kirchenfürst ein bescheidener Mann, in dem schönen Doppelsinn des Wortes: als einer der Bescheid weiß und darum bescheiden ist. Hat er sich doch kurz nach seiner Ernennung zum Reichsbischof aus eigener Machtvollkommenheit befördert zum — Reichsdiakon.

Dr. R. Burkhardt.

Wenn ich der Hitler wär ...

Ich studiere den Anzeigenteil einer Zeitung.

„Vier- oder Fünfzimmerwohnung mit Bad, Wintergarten und allen Bequemlichkeiten von jungem, kinderlosem Ehepaar gesucht."

Es ist immer traurig, wenn einer Ehe der Kindersegen versagt bleibt, besonders wo man sich alle Bequemlichkeiten leisten kann. Es gibt ja freilich unzählige Leute, für die auch Kinder etwas Unbequemes sind; doch wir wollen in diesem Falle einmal annehmen, daß die Kinderlosigkeit nicht gewollt ist. Aber so oder so, gewollt oder ungewollt — wenn ich der Hitler wär, würde ich auf jede kinderlose Ehe eine hohe Steuer legen. Besonders dort, wo auch ein Wintergarten zu den Lebensnotwendigkeiten gezählt wird. Ob dann die Geburtenziffer nicht bald flink in die Höhe klettern würde?

„Witwe, Mutter von drei Kindern, sucht Putzstelle. Stunde 25 Pfennig." Das ist das Gegenteil. Wenn ich der Hitler wär, würde ich das, was ich den Kinderlosen nehme, den Kinderreichen geben. 25 Pfennige!!

„Berufstätige Dame, sich sehr einsam fühlend, naturliebend, wanderfroh, sucht gleichgesinnte Freundin."

Die Dame hat entschieden ihren Beruf verfehlt. Wenn ich der Hitler wär, würde ich ihr sagen: Schlimm genug, wenn du dich in einer unendlich liebearmen und unendlich liebehungrigen Welt einsam fühlen kannst. Tu die Augen auf: wo du gehst und wo du stehst, überall warten freud- und freundlose Menschen auf dich. Und jedem wird, was er verdient. Auch dir folgen deine Werke nach, einst und jetzt schon! Deine Nächte sind der Lohn deiner Tage.

„Fabrikdirektor sucht einen in Park- und Gartenpflege durchaus erfahrenen, mit allen Treibhausarbeiten vertrauten verheirateten Gärtner, der auch ein zuverlässiger Kraftwagenführer ist. Frau muß gut kochen können und in der Hauswirtschaft helfen. Nur kinderlose, national gesinnte Bewerber wollen sich melden."

Ein Park? Ein Treibhaus? Und gewiß auch eine hochherrschaftliche Küche? Nun, weshalb auch nicht? Einer dankt seinem Gott, wenn er ein Dachkämmerchen hat, das sein eigen ist, ein anderer aber muß schon mehr haben, wenn er seines Lebens froh werden will. Aber national gesinnt und kinderlos? Wenn ich der Hitler wär, würde ich in aller Oeffentlichkeit sagen: Schämen Sie sich, Herr Fabrikdirektor!

„Wer gibt einem jungen Kunstmaler, zwei Jahre Düsseldorf, zwei Jahre München, Beschäftigung?"

Wenn ich der Hitler wär, ich würde sie ihm geben. Ueber meinem Arbeitstisch wollte ich ein Bild von dem Doktor Martinus Luther haben, wie er, die Faust auf der Bibel, ein Gesicht macht, als ob er grad eben gesagt hätt: Und wenn die Welt voll Teufel wär ... Denn allzu leicht wird es vergessen, und gerade von uns Deutschen: für einen deutschen Mann ist die Welt immer voller Teufel.

„Hausarbeit zu vergeben. Meldung in der Fabrik Rheinische Straße 24, morgens von 8—10."

Das ist eine Anzeige, die viele Herzen schneller schlagen lassen wird. Herzen, die an ein dünnes oder vielgeflicktes Gewand klopfen. Wenn ich der Hitler wär, würde ich aber den Fabrikherrn fragen: Wer ist der Mann, dem du die Verteilung der Hausarbeit übertragen hast? Nur ein ganz Gewissenhafter und Treuer darf es sein. Denn sonst kann es leicht geschehen, daß es nicht nach Würdigkeit und Bedürftigkeit, sondern nach Gunst und Freundschaft geht, daß die leichteste und lohnendste Arbeit nicht morgens einer armen Witwe, die hungrige Kinder zu versorgen hat, gegeben wird, sondern daß abends einige in deiner Fabrik noch voll beschäftigte Arbeiter sie mitnehmen in ihre Wohnungen, eine willkommene Beschäftigung für ihre Frauen, die vielleicht ein Kind, vielleicht zwei, vielleicht aber überhaupt keins haben.

Ich weiß, was ich hier sage. Es ist eins der dunkelsten Kapitel unserer Volkswirtschaft, das der Heimarbeit. Fürsorge- u. Gemeindeschwestern könnten uns hier viel erzählen.

Und auch die Arbeit in den Fabriken! Es arbeitet vielleicht ein junger Mann am Schraubstock und ein junges Mädchen an der Handstanze. Die beiden verloben und heiraten sich, die junge Frau aber hält ihre Arbeitsstelle fest. Es kommen keine Kinder und keine Freuden ins Haus, aber schöne Sonntagskleider in den Schrank und ein Teppich auf den Fußboden. Ehrbar und arbeitsam wandeln sie ihren Weg, jahrelang, jahrzehntelang. Sie geben andern nichts, sie nehmen andern nichts, nur — einem hungernden Menschen einen Arbeitsplatz. Bis es dann einmal auch für sie heißen wird: Was ist es nun, das ihr erarbeitet habt?

Oder — ein anderes Bild aus der Wirklichkeit — eine ganze Familie, Vater, Sohn und Tochter, vielleicht auch mehrere Söhne und Töchter, gehen dem Broterwerb nach In ein und derselben Fabrik, tagaus, tagein. Leute, die, besonders in ländlichen Gegenden, Haus und Hof haben. Der Fabrikherr aber sieht tagaus, tagein draußen auf der Straße arbeitslose junge Menschen, die ihren alten Eltern eine Stütze sein möchten, verbittert gewordene Familienväter, die ihren Kindern endlich einmal ein anderes als das karge Wohlfahrtsbrot auf den Tisch legen möchten. Er sieht sie vielleicht ganz unangefochten und gedankenlos, vielleicht denkt er auch: Immer noch die vielen Arbeitslosen und Armen, Schwachen und Kranken! Es ist und bleibt eine böse Welt. Gott berate, nähre und kleide die Aermsten!

Wenn ich der Hitler wär, dem Mann würde ich es sagen. Gott? Was sprichst du von Gott? Weißt du nicht, daß du das, was du von Gott auf der Welt getan sehen möchtest, selber tun sollst? Du und ich und wir alle? Tu endlich die Augen auf! Baue, helfe und fördere, reiße weg allerlei Last!

„Aus dem Nachlaß meines Mannes verkaufe ich einen schwarzen Wintermantel und zwei gut erhaltene Anzüge. Händler nicht erwünscht. Frau Witwe Landeswegebaumeister Müller."

Die Frau sollte es auch hören. Ist sie die Witwe eines Landeswegebaumeisters, wird sie ja auch wohl versorgt sein. Und bislang wird ihr das Leben auch erträglich gewesen sein. Wenigstens das „Was sollen wir essen, was sollen wir trinken?" wird ihr nie das Herz schwer gemacht haben. Weiß sie denn nichts von all dem Jammer, der um sie brandet? Wie würden andre, die durch solch einen Tag gehen durften, abends für all das genossene Gute dankbar sein! Es stirbt ein bescheidener Dorfschullehrer, und drei Tage nach dem Begräbnis trägt die Witwe die Kleider ihres Mannes für die Winterhilfe auf das Wohlfahrtsamt. Eine Arbeiterfrau legt ihr Kind in das Grab, und was das Kind in der Sparbüchse hat, bekommt der Pfarrer für die Mission.

Wehe dem, der schachern will, wo er lieben soll!

Wenn ich der Hitler wär! Ich bin froh, daß ich es nicht bin. Es wartet ein gewaltig schweres Werk auf den Führer des neuen Deutschland. Möchten doch alle, die, wie er, jeder an seinem Teil und nach seiner Art nun ihren Weggenossen helfen wollen, immer hellhöriger und feinfühliger werden für all die Nöte unserer Zeit, daß endlich das komme, was doch allein die Kraft und Größe des Vaterlandes ist, die wahre Volksgemeinschaft.

Boersing.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.